

Hessisches Landeskriminalamt  
Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention

**Jahresbericht**  
**POLIZEILICHE KRIMINAL- UND**  
**VERKEHRSPRÄVENTION**  
**in Hessen**  
**2018**

1.	Allgemeine Entwicklung.....	2
2.	Päventionsbereiche .....	2
2.1	KOMPASS ( <b>KOM</b> munal <b>ProgrA</b> mm <b>SicherheitsS</b> iegel) .....	4
2.2	Jugendkriminalität.....	5
2.3	Verkehrsprävention .....	9
2.4	Prävention für Senioren.....	12
2.5	Kriminalpolizeiliche Beratung .....	14
2.6	Opferschutz, Häusliche Gewalt .....	17
2.7	Bankenschutz.....	19
2.8	Kulturgüterschutz.....	21
2.9	Städtebauliche Kriminalprävention .....	22
2.10	Prävention Cybercrime .....	24
2.11	Migration.....	26
2.12	Netzwerk gegen Gewalt .....	28
2.13	Freiwilliger Polizeidienst .....	31
3.	Bewertung, Prognose und Ausblick für 2018.....	32
4.	Anlagen .....	34
4.1	Tabelle Kennzahlen 2018.....	34
4.2	Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking .....	35
4.2.1	Häusliche Gewalt.....	36
4.2.2	Stalking.....	41

## 1. Allgemeine Entwicklung

Die polizeiliche Präventionsarbeit in Hessen war im Jahr 2018 insbesondere von personalintensiven Maßnahmen zur landesweiten Umsetzung der kommunalen Präventionsinitiative KOMPASS (Kommunalprogramm Sicherheitssiegel) bestimmt. Nachdem in den vier Modellkommunen regionale Kriminalitätsanalysen und Bürgerumfragen bezüglich Sicherheitsbedarfen durchgeführt worden waren, konnten die Ergebnisse Anfang des Jahres so erfolgreich in erste spezifische Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden, dass einer landesweiten Ausflächung der Präventionsinitiative KOMPASS nichts mehr im Wege stand.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Präventionsmaßnahmen bezüglich der Zielgruppe Seniorinnen und Senioren. Dies betraf die Verhinderung von Betrugsformen zum Nachteil älterer Menschen, insbesondere durch falsche Polizeibeamte/Amtsträger mit einer landesweiten Präventionskonzeption, als auch vielfältige Maßnahmen der Verkehrsunfallprävention im Rahmen des Programms MAX (MAXimal Mobil bleiben – mit Verantwortung).

Die hohe Zahl der sicherungstechnischen Beratungen zum Schutz vor Wohnungseinbrüchen in den letzten Jahren zeigte 2018 nachhaltigen Erfolg: die Fallzahlen des Wohnungseinbruches konnten (erneut) deutlich gesenkt werden (minus 9,5 %) und fast jeder zweite Einbruch musste im Versuchsstadium abgebrochen werden (überwiegend an Sicherungseinrichtungen gescheitert). Diese durch große Anstrengungen der kriminalpolizeilichen Beraterinnen und Berater der Präsidien erreichte Entwicklung legt deutlich dar, dass diese präventive Beratung der Bürgerinnen und Bürger das entscheidende polizeiliche Element bei der erfolgreichen Bekämpfung des Einbruchdiebstahls ist. Mit der weiteren Umsetzung des Projektes IT-basierte sicherungstechnische Beratung geht die hessische Polizei auch hier neue und zukunftsorientierte Wege.

Ein großes Gefahrenpotential für die hessischen Bürgerinnen und Bürger bedeuteten im Jahr 2018 auch die Angriffe auf Geldautomaten (GA), insbesondere die durch Sprengungen. Bei den insgesamt 31 Sprengungen entstanden glücklicherweise keine Personenschäden, aber ein Gesamtschaden im Millionenbereich. Zur Detektion von besonders gefährdeten GA-Standorten und zur Gefahrenreduzierung hat das Hessische Landeskriminalamt eine Präventionskonzeption erarbeitet. Diese wird nun sukzessive in enger Kooperation mit den Kreditinstituten umgesetzt.

## **2. Präventionsbereiche**

### **2.1 KOMPASS – KOMMunalProgrAmmSicherheitsSiegel**

Am 06. Dezember 2017 stellte der Hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, erstmalig die Präventionsinitiative KOMPASS der Öffentlichkeit vor. KOMPASS startete zunächst in den vier Modellkommunen Hanau und Maintal (PP Südosthessen) sowie Bad Homburg vor der Höhe und Schwalbach am Taunus (PP Westhessen).

KOMPASS sieht ein neues Analyseverfahren, eine engere Kooperation zwischen Polizei und Kommune sowie die gezielte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zur Lösung lokaler Herausforderungen im Bereich der Sicherheit vor. Zur Stärkung der Inneren Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger wurden bereits in zahlreichen hessischen Städten und Gemeinden wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung der polizeilichen und kommunalen Kriminalprävention in Form von passgenauen Sicherheitskonzepten initiiert.

Im Mai 2018 wurde das Programm hessenweit ausgeflächert, somit haben nun alle 423 hessischen Städte und Gemeinden die Möglichkeit, an dieser Präventionsinitiative teilzunehmen. Zur Evaluierung der Initiative KOMPASS wird dieses Kommunalprogramm von Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg von der Justus-Liebig-Universität in Gießen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wissenschaftlich begleitet. Ausgewählte Kommunen nehmen an dieser wissenschaftlichen Begleitung teil. Darüber hinaus findet durch die Universität diese Begleitung auch in Form der Erstellung bis hin zur Auswertung von Bürgerfragebögen statt, die in einigen Städten und Gemeinden durchgeführt werden. Unterstützt wird die Auswertung dieser Fragebögen von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung.

Mit Stand 31. Dezember 2018 nahmen bereits 27 Städte und Gemeinden an der Sicherheitsinitiative teil, 26 weitere Kommunen haben sich beworben.

#### **Ausblick 2019:**

In 2019 sollen die ersten Verleihungen des KOMPASS-Sicherheitssiegels in den Modellkommunen stattfinden. Das Sicherheitssiegel soll dafür auszeichnen, dass sich die jeweilige Stadt bzw. die jeweilige Kommune in besonderem Maße für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, deren Sorgen und Ängste aufgegriffen und

gemeinsam mit der Polizei Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt hat.

Ferner ist beabsichtigt, städtebauliche Präventionsprojekte „Sichere Innenstadt – Zufahrtsschutz“ mit in das Programm KOMPASS aufzunehmen und auch die Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei konzeptionell enger mit einzubeziehen.

## 2.2 Jugendkriminalität

### Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen (TVZ) bei Tatverdächtigen bis 21 Jahre

Die Tatverdächtigenzahlen bei den bis 21-Jährigen sind im Betrachtungszeitraum (2018/2017) um 2.679 auf 28.604 gesunken (-8,6%).

	2017	2018	+/-	Entwicklung +/- in %
<b>Kind</b> (0>14 Jahre)	3.846	3.753	- 93	-2,4%
% an Gesamt Jugend (2017: 31.283) (2018: 28.604)	12,3%	13,1%		
% an Gesamt TV (2017: 157.808) (2018:153.134)	2,4%	2,4%		
<b>Jugendliche</b> (14>18 Jahre)	12.984	11.533	- 1.451	-11,2%
% an Gesamt Jugend (2017: 31.283) (2018: 28.604)	41,5%	40,3%		
% an Gesamt TV (2017: 157.808) (2018: 153.134)	8,2%	7,5%		
<b>Heranwachsende</b> (18>21 Jahre)	14.453	13.318	- 1.135	-7,9%
% an Gesamt Jugend (2017: 31.283) (2018: 28.604)	46,2%	46,6%		
% an Gesamt TV (2017: 157.808) (2018: 153.134)	9,2%	8,7%		
<b>Jugend Gesamt</b> (0>21 Jahre)	31.283	28.604	- 2.679	-8,6%
% an Gesamt TV (2017: 157.808) (2018: 153.134)	19,8%	18,7%		

Ein deutlicher Rückgang ist bei den Altersgruppen der Jugendlichen und Heranwachsenden festzustellen. Hier ist ein Minus von 11,2% bei den Jugendlichen und ein Rückgang um 7,9% bei den Heranwachsenden zu verzeichnen. Ebenfalls rückläufig ist die Anzahl der tatverdächtigen Kinder um 2,4%.

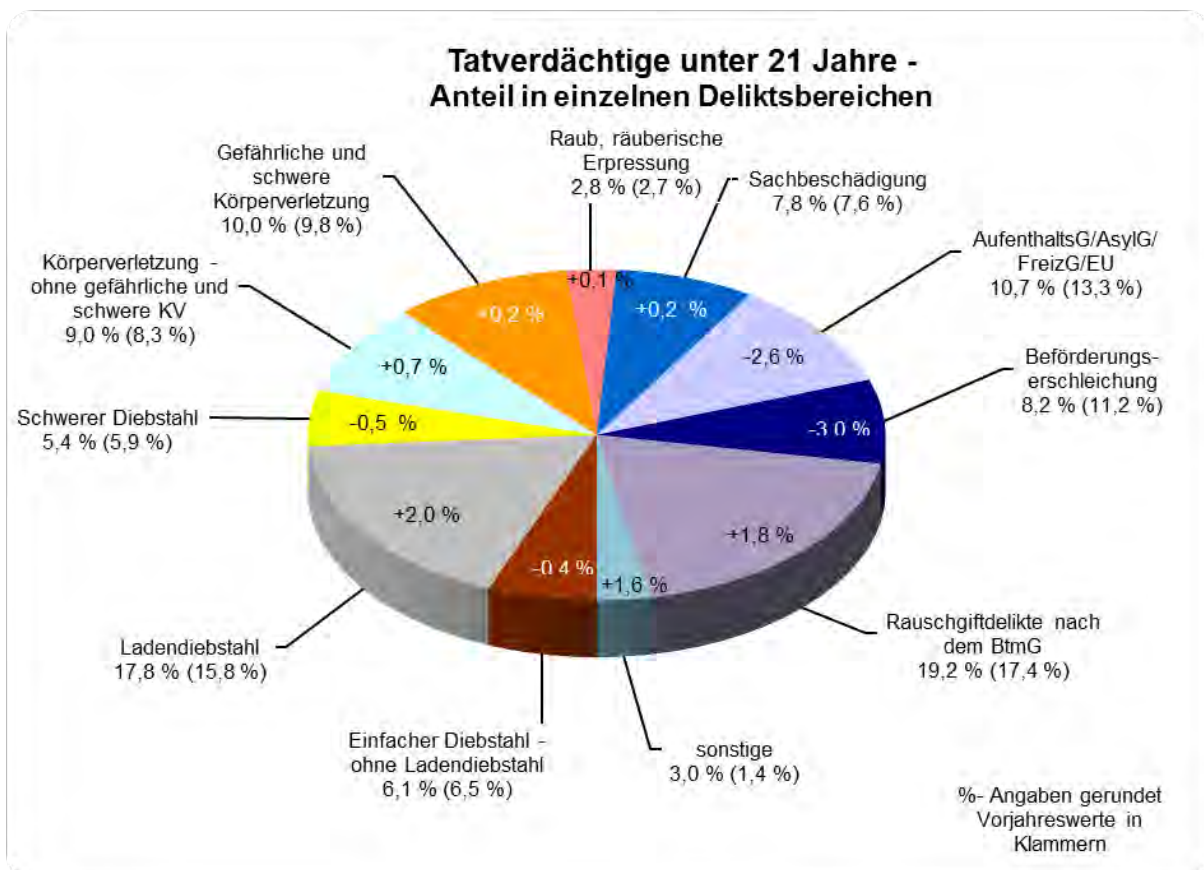
### Anteil der Tatverdächtigen bis 21 Jahre in einzelnen Deliktsbereichen

Im Bereich der ausländerrechtlichen Verstöße wurden im Jahr 2018 3.070 Tatverdächtige bis 21 Jahre registriert. Ein deutlicher Rückgang gegenüber 2017 um 1.085 TV bzw. 26,1%.

Ein leichter Anstieg, wie in den Vorjahren, ist in der Altersgruppe bei den Rauschgiftdelikten nach dem BtMG zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Tatverdächtigen von 5.443 TV auf 5.490 TV an (plus 0,9%).

Ferner ist eine steigende TV-Zahl beim Ladendiebstahl zu registrieren, von 5.086 TV auf 5.226 TV (plus 2,8%). In den übrigen Fallgruppen sind die TV-Zahlen annähernd konstant.

**Grafik 28:** Tatverdächtige unter 21 Jahre – Anteil in einzelnen Deliktsfeldern



## **Schwerpunkte und Projekte**

Wie auch in den vergangenen Jahren fand 2018 eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Landesjugendkoordination, als Zentralstelle für polizeiliche Jugendarbeit, und den zentralen/dezentralen Jugendkoordinatoren und Jugendkoordinatorinnen der Polizeipräsidien/Direktionen statt. Die Arbeit gestaltete sich dabei äußerst vielfältig.

Bei sämtlichen Programmen, Projekten und Maßnahmen findet eine Kooperation sowohl innerhalb der Behörde als auch mit externen Institutionen statt.

Dass externe Netzwerkpartner bei der polizeilichen Jugendarbeit unabdingbar sind, wurde bei der 1. Fachtagung in Gießen deutlich. Thematisch wurde dort das Thema „Drogenprävention“ beleuchtet.

Im November folgte dann die 36. Arbeitstagung in Weilburg an der hessischen Lehrkräfteakademie. Inhaltlich wurden an zwei Tagen die Themen „Schulabsentismus“, „Umsetzung der neuen Datenschutzgrundverordnung in der polizeilichen Jugendarbeit“ sowie die „EU-Richtlinie 800/2016“ bearbeitet.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres nahm die Medienpädagogin des HLKA ihre Arbeit auf.

Die Überarbeitung des Programms „Kinderkommissar LEON“ hat begonnen und im Laufe des Jahres 2019 wird LEON in einem neuen Look erscheinen.

Neben größeren Veranstaltungen finden ebenso regelmäßige Treffen der Jugendkoordinatoren und Jugendkoordinatorinnen statt, um sich fachlich auszutauschen und auf aktuellem Stand zu bleiben. Denn neben den bundes- und landesweiten Projekten, beteiligt sich die zentrale Jugendkoordination auch auf lokaler Ebene an verschiedensten Projekten und Programmen.

## **Auszüge der Programme, Projekte und Maßnahmen der Präsidien:**

Initiiert durch die Staatsanwaltschaft Fulda organisierte die zentrale Jugendkoordination des Polizeipräsidiums Osthessen gemeinsam mit dem Netzwerk gegen Gewalt am 30. August 2018 den Tag des Jugendrechts. Am Fachtag wurde das erste „Virtuelle Haus des Jugendrechts“ verkündet. Das nun bestehende Netzwerk wird mit weiteren Kooperationspartnern erweitert und es sind regelmäßige Fachtage vorgesehen.

Das Polizeipräsidium Nordhessen war Ausrichter der Auftaktveranstaltung für Beratungskräfte der Suchtprävention in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt (Stadt und Landkreis) zum Thema „Rauschmittel im schulischen Umfeld- Handlungssicherheit gewinnen, Präventions- und Interventionskonzepte entwickeln.“ Zudem fand der Hessentag 2018 im Bereich des Polizeipräsidiums Nordhessen in Korbach statt, wo auch die Landesjugendkoordination vertreten war.

Im Polizeipräsidium Mittelhessen fand anlässlich des 18. Safer Internet Day eine Veranstaltung zum Thema „Hate Speech & Fake News“ statt. Initiiert wurde diese Veranstaltung durch die Jugendkoordination und das Netzwerk gegen Gewalt.

Anlässlich der neuen Datenschutzgrundverordnung fand im November das 15. Jugendschutzmeeting im Polizeipräsidium Frankfurt am Main statt. Fragen, was bei der Umsetzung zu beachten und was erlaubt ist, oder auch, wie man mit persönlichen Daten umgeht, ob man Fotos machen und diese im Nachgang veröffentlichen kann, wurden dort beantwortet.

An dem Tag der offenen Tür im Polizeipräsidium Westhessen war auch die Landesjugendkoordination auf der dortigen Präventionsmeile vertreten. Um den Zugang zur jüngsten Zielgruppe zu finden, wurde ein weitläufiger Kinderbereich aufgebaut.

Kinderkommissar LEON wurde als „Botschaftsträger“ hierfür eingesetzt.

In Südhessen wurden im Oktober in Stockstadt am Rhein 13 neue LEON Hilfe-Inseln eingeweiht. LEON selbst nutzte die Gelegenheit, um einige Kinder vor Ort zu Kinderpolizisten zu ernennen und verteilte Kinderpolizeidienstausweise. Zudem stand er bereitwillig für Fotos zu Verfügung.

### **Ausblick 2019**

Am 10.04.2019 wurde ein neues Haus des Jugendrechts (HdJR) in Offenbach am Main offiziell eröffnet. Weitere HdJR, darunter zwei in Frankfurt am Main, eins in Hanau und eins in Kassel, sind in der Planung. Dies hat zur Folge, dass die Bearbeitung von Jugendstrafsachen, aufgrund der engen Zusammenarbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Jugendgerichtshilfe und der Täter-Opfer-Ausgleich-Einrichtung, deutlich optimiert wird.



Am 11. Mai 2016 hat das Europäische Parlament und der Rat die EU-Richtlinie 800/2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, erlassen. Dadurch ergeben sich Änderungsbedarfe der Polizeivorschriften, welche die Landesjugendkoordination im neuen Jahr beschäftigen werden.

## **2.3 Verkehrsprävention**

### **Entwicklung im Jahr 2018**

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist im Vergleich zum Vorjahr (2017) um 3.073 auf 146.941 zurückgegangen. Es wurden hierbei 239 Personen getötet, ein Anstieg von 26 im Vergleich zum historischen Vorjahrestiefstand. Darunter sind 4 Kinder (Vorjahr 0) als Unfallopfer zu beklagen. Die Anzahl der Verunglückten im Bereich der Schwerverletzten ging um 14 auf 4.630 zurück. Es gab insgesamt einen Anstieg der Fußgängerunfälle von 202 auf 3.048. Hierbei verunglückten 2.262 (Vorjahr 2.159) Personen, 31 davon wurden getötet. Ein Anstieg der Unfallzahlen ist auch im Bereich der Radfahrer zu verzeichnen. Bei den 4.882 (Vorjahr 4.481) Verkehrsunfällen mit Radfahrern/innen stieg die Anzahl der Schwerverletzten um 10 auf 640 und bei den getöteten Personen um 9 auf 28. Die Zahl der Verkehrsunfälle unter der Beteiligung von motorisierten Zweirädern ist um 454 auf 4.437 gestiegen. Die Anzahl der hierbei Verunglückten stieg um 301 auf 3.252, es gab 64 (Vorjahr 55) Unfalltote.

Insgesamt waren laut KBA am 01.01.2018 in Hessen 3.658.894 Pkw zugelassen, ein Anstieg von 119.982 PKW im Vergleich zum Vorjahr. Bei den Krafträdern waren dort 330.822 als zugelassen registriert, ein Anstieg von 7820.

### **Schwerpunkte und Projekte**

Das im Dialog mit dem Landespolizeipräsidium sowie der Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes und den Fachstellen für verkehrspolizeiliche Aufgaben der Polizeipräsidien erarbeitete Schwerpunktprogramm „Verkehrssicher in Hessen“ bildete auch im Jahr 2018 mit seinen Haupthandlungsfeldern, unter anderem zum Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer sowie innerhalb der Zielgruppe der motorisierten Zweiradfahrer, den Rahmen für die Verkehrspräventionsarbeit der hessischen Polizei.

Die bereits in 2016 landesweit eingeführte Aktion MAX, dem bewährten hessischen Konzept für Verkehrssicherheitsarbeit für die Zielgruppe 65+, ist nun in allen sieben Polizeipräsidien einheitlich eingeführt. Kernstück ist der Themenbaukasten, der individuell angepasst werden kann, und somit aktuelle und regionale Entwicklungen im Bereich der Mobilität aufgreifen kann.

Die Einbindung von landesweiten Netzwerkpartnern wie u.a. dem Deutschen Roten Kreuz und dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V. ist ein wesentlicher Garant, dass die Aktion MAX über ein thematisch vielfältiges und attraktives Angebot von Informationen verfügt.

Das Polizeipräsidium Mittelhessen hat zudem die Inhalte von MAX durch die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule in deren Fortbildungsprogramm aufnehmen lassen.

Das PP Osthessen hat die Möglichkeiten, wie man auch im Alter maximal sicher und mobil bleibt, in die Kampagne „Senioren sind auf ZAK“ integriert.

Das Polizeipräsidium Frankfurt am Main nutzte erneut die Zusammenarbeit des Präventionsrates der Stadt, der Stadtpolizei und der Schutzfrauen und -männer vor Ort und hat an zahlreichen Veranstaltungen, darunter auch in Einkaufszentren, die Öffentlichkeit über die Inhalte von MAX informiert und Anschlusstermine zur Beratung in Senioreneinrichtungen wahrgenommen.

Die landesweit einheitliche Präsentation in den sozialen Netzwerken sowie der Internetplattform von [polizei.hessen.de](http://polizei.hessen.de) wird durch die MAX-Beauftragte des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main koordiniert und mit Inhalten aktualisiert.

Dem Thema Ablenkung kommt eine zunehmende Bedeutung als Unfallursache zu, auch bei Fußgängern und Radfahrern. Mobiltelefone und Kopfhörer tragen dazu bei, dass die Aufmerksamkeit im Straßenverkehr nicht umfänglich gegeben ist und es zu schwerwiegenden Verkehrsunfällen kommt. Das Polizeipräsidium Frankfurt am Main hat auch im Jahr 2018 mit der Kampagne „UFFBASSE – Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr“ zusammen mit Netzwerkpartnern, unter anderem der Verkehrsgesellschaft Frankfurt, an Haltestellen des ÖPNV sowie bei Schulveranstaltungen die Zielgruppen informiert.

Der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen nimmt sich das Polizeipräsidium Frankfurt am Main mit dem Pilotprogramm „Gefahrensensibilisierung“ mit speziell erstellten Informationsmodulen an. Das Programm nutzt hierbei die Zuarbeit aus der Zielgruppe, die in ihrem Schulumfeld die Gefahrensituationen

definieren und gemeinsam mit der fachlichen Unterstützung von Polizei, Schule sowie Partnern wie Dekra, ADAC, Verkehrswacht, VGF optimale Lösungsmöglichkeiten und Verhaltenshinweise erarbeiten.

Das Polizeipräsidium Südhessen hat als thematisch verantwortliche Behörde das landesweite Konzept zur Reduktion von Verkehrsunfällen mit motorisierten Zweirädern unter dem Motto „Endspurt. Du hast es in der Hand!“ unter Einbindung der Verkehrsdienste aller Polizeipräsidien weitergeführt. Zahlreiche Kontrolltage sowie die Teilnahme an Großveranstaltungen, wie beispielsweise dem Start der Motorradsaison in Gelnhausen wurden durchgeführt. Mitarbeiter der Verkehrsprävention des Polizeipräsidiums Südosthessen hatten dort einen Infostand eingerichtet und eine große Anzahl der über 3000 Teilnehmer mit Informationen rund um das Thema Motorradsicherheit beraten.

Auf dem 58. Hessentag in Korbach betreuten Mitarbeiter der Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention im HLKA, gemeinsam mit Mitarbeitern des Regierungspräsidiums Kassel, Zentrale Bußgeldstelle, einen Informationsstand zum Thema Ablenkung und Motorradunfälle. Mittels eines PKW- und Motorradsimulators konnten die Besucher die Risiken von Ablenkung und riskanter Fahrweise selbst erfahren. Der damit einhergehende „AHA-Effekt“ führte zu einer Vielzahl von tiefergehenden Beratungsgesprächen.

Das Polizeipräsidium Nordhessen hatte zum Thema Erkennbarkeit von Fußgängern und Radfahrern mit Beginn der dunklen Jahreszeit gezielt an Fußgängerüberwegen und an Grundschulen die landesweite Aktion „Lass‘ Dich sehen!“ unter der Einbindung von Mitarbeitern des Deutschen Verkehrssicherheitsrates durchgeführt. Es gab Beratungsgespräche und an die Verkehrsteilnehmer wurde reflektierendes Material, zum Beispiel hellgelbe Schnappbänder oder Aufkleber, ausgeteilt.

Das Polizeipräsidium Mittelhessen führte weiterhin die regionale Aktion „BOB“ fort. Im Rahmen von Workshops, Informationsveranstaltungen und über intensive Öffentlichkeitsarbeit wurden die Zielsetzungen der Aktion „Der Fahrer bleibt nüchtern“ und „Bring die Anderen sicher Heim“, umfänglich präsentiert. Ein Schlüsselanhänger als Erkennungszeichen gewährte dem „BOB“ in teilnehmenden Gaststätten ein alkoholfreies Getränk. Tausende dieser Schlüsselanhänger wurden zwischenzeitlich verteilt.

## **2.4 Prävention für Senioren**

### **Entwicklung im Jahr 2018**

Der demographische Wandel bewirkt, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig steigt. Dies nimmt Einfluss auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche, damit auch auf die Kriminalitätsentwicklung und die Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen.

Nach landesweiter Umsetzung der "Rahmenkonzeption der Polizei Hessen für das Aufgabenfeld Seniorenprävention" sowie der "Konzeption Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren - SfS" im März 2016 erfolgte auch weiterhin eine einheitliche, hessenweite Koordinierung der Seniorenpräventionsarbeit bei der Zentralstelle Kriminal- und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes. Ferner wurde das Thema "Sicherheit für Seniorinnen und Senioren" in allen sieben Polizeipräsidien durch besonders qualifizierte polizeiliche Beraterinnen und Berater betreut. So wurde z. B. von Januar bis April 2017 zum ersten Mal durch die Gesellschaft Bürger und Polizei Wiesbaden e.V. und dem Polizeipräsidium Westhessen eine Kampagne zum Thema „Sicherheit im Alter“ durchgeführt, die zum Ziel hatte, die Präventionsaktivitäten im Zusammenhang mit „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ deutlich zu forcieren.

Ein weiterer Präventionsbaustein wurde durch die landesweite Umsetzung der Konzeption „Letzte Chance Enkeltrick“ unmittelbar bei den Sparkassen und Banken eingeführt.

Zuletzt wurde auch die verkehrspolizeiliche Präventionsarbeit innerhalb der Zielgruppe mit der landesweit eingeführten Aktion MAX um einen tragenden Bestandteil ergänzt. Nähere Ausführungen hierzu sind dem Themenbereich der Verkehrsprävention unter Punkt 2.2. zu entnehmen.

### **Schwerpunkte und Projekte**

Nach der Umsetzung der "Konzeption Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren - SfS" sind nun flächendeckend in allen sieben Polizeipräsidien Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren ausgebildet, welche als „Multiplikatoren der Polizei“ fungieren und die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren im Rahmen von Präventionsveranstaltungen oder Bürgersprechstunden über Themen der Kriminal- und/oder Verkehrsprävention informieren.

Durch die Entwicklung und Sensibilisierung eines Gefahrenbewusstseins bei älteren Menschen sowie der Vermittlung konkreter Handlungsempfehlungen und präventiver Lösungsansätze sollen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) reduziert und ihr subjektives Sicherheitsempfinden verbessert werden.

In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2018 durch das Polizeipräsidium Osthessen eine umfangreiche Präventionskampagne unter dem Motto "Mehr Sicherheit für Sie im Alter - Senioren sind auf Zack!" durchgeführt. Ziel war es, die Präventionsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Thema „Sicherheit für Seniorinnen und Senioren“ und zum Thema „Verkehrssicherheit“ deutlich zu stärken. Durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen (Vortragsveranstaltungen, Informationsstände an öffentlichen Plätzen, Markt der Sicherheit etc.) wurden Seniorinnen und Senioren über das Thema durch Fachleute in den Bereichen der Verkehrssicherheitsarbeit und der Kriminalitätsbekämpfung aufgeklärt und sensibilisiert.

Durch die Gewinnung der Hochschule RheinMain als weiteren Kooperationspartner der Polizei konnten zuletzt diverse Trailer und Kurzfilme zum Thema Seniorensicherheit gedreht werden, welche nun im Rahmen von Präventionsveranstaltungen zur Sensibilisierung der Zielgruppe ergänzend eingesetzt werden können.

### **Ausblick 2019**

Die Leitziele der Seniorenprävention sind die Senkung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM), die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Zielgruppe sowie die Gewährleistung einer sicheren Teilnahme am Straßenverkehr bei Aufrechterhaltung individueller Mobilität. Zu diesem Zweck werden die in den Polizeipräsidien lokal und landesweit umgesetzten Projekte, insbesondere die Gewinnung und Ausbildung von Sicherheitsberatern für Seniorinnen und Senioren, fortgeführt und ausgebaut.

Der weitere Aufbau und die Förderung von Netzwerken sowie die Gewinnung weiterer Kooperationspartner im Rahmen der Präventionsarbeit sind als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzustreben.

Weiterhin ist die Zusammenarbeit mit der Hochschule RheinMain und die damit verbundene Erarbeitung verschiedener Imagetrailer zu verschiedenen Themen im Bereich der Seniorenprävention aufrechtzuerhalten.

## **2.5 Kriminalpolizeiliche Beratung**

### **Entwicklung im Jahr 2018**

Die nicht nachlassenden Anstrengungen im Kampf gegen den Wohnungseinbruch (WED) führten im Jahr 2018 zu einem neuerlichen Rückgang der Fallzahlen um 789 Fälle. Bei einer Gesamtzahl von 7.502 Fällen belief sich der Anteil der Versuche, also der Fälle, in denen es nicht zu einer Tatvollendung kam, auf 3.421 Fälle, das sind 45,6%. Seit 2016 sind in Folge deutlich rückläufige Fallzahlen feststellbar.

In der Betrachtung der Fallzahlen seit 1999 konnte im Jahr 2018 das zweitbeste Ergebnis erzielt werden. Das Sicherheitsgefühl der hessischen Bevölkerung konnte hierdurch deutlich gesteigert werden. Das ist für die hessische Polizei ein großer Erfolg und zugleich der Ansporn, nicht nachzulassen, sondern konsequent das „10-Punkte-Programm zur Bekämpfung des WED“ fortzuführen.

### **Schwerpunkte und Projekte**

Die Umsetzung der „IT-gestützten Beratung“ wurde auch 2018 weiterverfolgt. Die hessenspezifische Grundversion der Software liegt vor, die spezifischen Inhalte können nun eingepflegt werden, die benötigte Infrastruktur ist bereitgestellt. Andere Bundesländer verfolgen mit großem Interesse den Fortgang des Projektes und ziehen ihrerseits eine Einführung in Betracht.

Nach intensiver Beratung durch das HLKA hat sich der Hessische Landtag in der Wiesbadener Innenstadt seit April 2018 in eine Baustelle verwandelt; umfangreiche Sanierungsarbeiten in seinem historischen Teil sind Anlass dafür. Eine weitere Baumaßnahme, die ebenfalls der intensiven Betreuung des Hessischen Landeskriminalamtes bedarf, ist die Restaurierung der Fassade des Innenhofes der Hessischen Staatskanzlei.

Aus der Vielzahl durchgeführter Objektbegehungen auf dem Flughafen Frankfurt ragt die intensive Beratung des Bereichs „Valuable Cargo“ heraus; hier werden täglich Waren im Wert von mehreren 100 Millionen EUR umgeschlagen.

Das Hauptgebäude der Deutschen Bundesbank wird umfangreich saniert. Für die Dauer der Arbeiten, die sich auf einen Zeitraum von acht Jahren erstrecken werden, ist der Umzug der kompletten Belegschaft in ein Ausweichquartier notwendig.

In die Sicherung beider Liegenschaften wird das Hessische Landeskriminalamt daher mittel- bis langfristig eingebunden bleiben.

In den Städten Bad Nauheim, Obertshausen, Heusenstamm, Schwalbach und Dietzenbach konnten erfolgreich neue stationäre Videoüberwachungsanlagen abgenommen werden. Weitere Anlagen befinden sich in der Umsetzungsphase.

Die Pflichtenkataloge für Errichterunternehmen von Videoüberwachungsanlagen und Überfall- und Einbruchmeldeanlagen wurden den neuen technischen Regelwerken angepasst, die jeweiligen Anhänge aktualisiert.

Vom Hessischen Landeskriminalamt wurden sieben Errichterüberprüfungen durchgeführt. Dies stellt die anhaltende Akzeptanz der polizeilicherseits herausgegebenen Adressennachweise sicher.

Zwei Fachberater des Hessischen Landeskriminalamtes beschulten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Landesvertretung in Brüssel zum richtigen Verhalten bei Terroranschlägen und im Amokfall. Seit den dortigen Anschlägen herrschte Angst und Unsicherheit unter den dortigen Beschäftigten.

Auch 2018 war das Präventionsmobil der hessischen Polizei im landesweiten Einsatz. Die Polizeipräsidien Südhessen, Nordhessen und Südosthessen führten Präventionsrundreisen durch ihre Landkreise durch. Besetzt mit den örtlich zuständigen Fachberaterinnen und Fachberatern wurden interessierte Bürgerinnen und Bürger über die vielfältigen Möglichkeiten des Eigen- und Objektschutzes informiert. An verschiedenen Standorten waren Verbraucherzentralen mit eingebunden, teilweise auch der Weiße Ring. Vielfach wurden die Einsätze durch umfangreiche Berichterstattungen in der örtlichen Presse begleitet.

Durch die Teilnahme mit polizeilichen Informationsständen bei überregionalen und regionalen Messen und Ausstellungen sowie an mehreren Tagen der offenen Tür bei hessischen Polizeidienststellen boten sich den kriminalpolizeilichen Fachberaterinnen und Fachberatern gute Gelegenheiten zu intensiven Beratungsgesprächen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Das Polizeipräsidium Südhessen lud die gelisteten mechanischen Errichter seines Zuständigkeitsbereiches zu einer Informationsveranstaltung in seine Räumlichkeiten ein. Die Resonanz auf dieses Treffen war durchweg positiv, so dass es weitere solcher Veranstaltungen geben wird.

Auch das Polizeipräsidium Westhessen führte in diesem Jahr eine Veranstaltung mit Errichterbetrieben seines Zuständigkeitsbereiches durch.

Ein im November im Studio des Rhein-Main-TV in Mörfelden-Walldorf aufgezeichnetes Interview zum Thema „Einbruchsprävention“ wurde direkt nach seiner Ausstrahlung

für ein Jahr online eingestellt. Die Sendung „hallo Hessen“ des Hessischen Rundfunks bot auch in diesem Jahr wieder die Plattform dafür, eine große Zuschauerzahl für das Thema Wohnungseinbruch sensibilisieren zu können.

Im Rahmen seiner Themenwochen veranstaltete die Stadtbücherei Rüsselsheim eine vierwöchige Ausstellung zum Thema Einbruchschutz; polizeiliches Informationsmaterial lag zur Mitnahme bereit. Ergänzend dazu wurde polizeilicherseits eine abendliche Vortragsveranstaltung zum Thema durchgeführt, die auf reges Interesse stieß.

Im Dienstbezirk des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden durch die kriminalpolizeilichen Fachberaterinnen und Fachberater sicherungstechnische Beratungen der örtlichen Wasserversorger hinsichtlich der Absicherung ihrer Infrastrukturen (z.B. Hochbehälter, Druckerhöhungsanlagen, Schachtabdeckungen) durchgeführt.

### **Ausblick 2019**

Im Bereich der Sicherung polizeilicher Liegenschaften bleibt das Hessische Landeskriminalamt weiterhin stark in den Neubau des Polizeipräsidiums Südosthessen eingebunden. Nach jahrelanger Betreuung der Planungsphase erfolgt jetzt der Baubeginn.

Das Oberlandesgericht Frankfurt fordert für jedes Gebäude der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften in Hessen eine aktuelle sicherungstechnische Bewertung. Insgesamt handelt es sich um 64 Behörden mit entsprechenden Liegenschaften. Dies fällt ebenso in die originäre Zuständigkeit des Hessischen Landeskriminalamtes wie die Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen der Abschiebehaftanstalt Darmstadt-Eberstadt, die bis 2021 um ca. 60 Plätze erweitert werden soll.

Die Museumslandschaft Hessen Kassel plant den Neubau eines Teppichmuseums. Der International Tracing Service (ITS), ein Archiv- und Dokumentationszentrum über die nationalsozialistische Verfolgung, plant für seine derzeit auf mehrere Gebäude verteilten Akten und Dokumentationen einen zentralen Neubau, in dem alle Dokumente dauerhaft verwahrt werden können.

Aufgrund der terroristischen Anschläge mit Fahrzeugen in Deutschland rückt die Frage nach einem geeigneten Schutz von für gefährdete Örtlichkeiten und Stätten immer



mehr in den Blick der Öffentlichkeit. Es ist schon jetzt erkennbar, dass Anfragen zu geeigneten Terror-Abwehrsystemen, mobilen Fahrzeugsperren, Möglichkeiten von Zufahrtblockaden und sinnvollem Perimeterschutz für Veranstaltungen und Infrastruktur deutlich zunehmen.

## **2.6 Opferschutz, Häusliche Gewalt**

### **Entwicklung im Jahr 2018**

Die Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt sind im Vergleich zum Vorjahr (2017) um 4,6% (389) auf 8927 Fälle gestiegen und die Straftaten im Bereich Stalking auf insgesamt 1070 Fälle gefallen.

Die gesellschaftliche Tabuisierung von häuslicher Gewalt, deren Opfer meist Frauen und Kinder sind, konnte trotz aller polizeilichen Bemühungen noch nicht vollständig aufgebrochen werden.

Derartige Taten sind immer von öffentlichem Interesse und können niemals eine private Angelegenheit sein. Es handelt sich somit um ein sehr bedeutendes Problemfeld der Gewaltkriminalität, dem die hessische Polizei mit dem Einsatz besonders geschulter Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern begegnet.

Darüber hinaus wird gleichzeitig eine kontinuierliche Sensibilisierung aller Einsatzkräfte angestrebt, die im Rahmen ihrer täglichen Arbeit mit „häuslicher Gewalt und Gewalt im sozialen Nahraum“ in Berührung kommen können.

### **Ausgewählte Veranstaltungen im Überblick**

Auch im Jahr 2018 wurden in allen Polizeipräsidien zahlreiche Multiplikatoren-Schulungen zum Thema Opferschutz und häusliche Gewalt durchgeführt. Eine fortwährende Qualifizierung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen durch die Opferschutzbeauftragten schafft hierbei die besten Grundlagen für ein professionelles Handeln im täglichen Dienst. Dies betrifft bereits die Ausbildung des Polizeinachwuchses an allen Standorten der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV).

Am 27.11.2018 und am 28.11.2018 wurden Fachtage zum Thema „Erster Angriff und Hilfsmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt“ in den Polizeipräsidien Osthessen und Mittelhessen durchgeführt. An den Fachtagen haben Vertreter von Polizei, Jugendamt, Pro Familia, den Opferhilfeeinrichtungen sowie von Interventionsstellen

teilgenommen. Die große Resonanz bei beiden Veranstaltungen war erneut ein Beleg für die Wichtigkeit einer institutionsübergreifenden Vernetzung bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt.

Ferner wurden im Stadtbereich Fulda anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ Bierdeckel an die örtlichen Gastronomen verteilt. Die Bierdeckel waren hierbei mit einem QR-Code versehen, der auf die Seite des Frauenbüros der Stadt Fulda verlinkt.

Neben diversen Schulungsveranstaltungen wurde im Bereich des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main im Jahr 2018 eine verkleinerte Version der „Rosenstraße 76“ eingesetzt. Hierbei handelt es sich um eine Modellwohnung, die den Besuchern das Thema häusliche Gewalt anschaulich vermitteln soll.

Anlässlich des „Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen 2018“ am 25.11.2018 hat sich das Hessische Landeskriminalamt unter dem Motto „Wir brechen das Schweigen“ an der Aktion des Hilfetelefons beteiligt und über die bestehenden Social-Media-Accounts sowie die Internetseite [www.polizei.hessen.de](http://www.polizei.hessen.de) auf dieses Thema aufmerksam gemacht.

Das Polizeipräsidium Nordhessen hat mehrere Informationsveranstaltungen am HfPV-Standort Kassel durchgeführt, um so bereits den Polizeinachwuchs für das Thema Opferschutz zu sensibilisieren.

In den Polizeipräsidien Südhessen und Südosthessen wurden mehrere dezentrale Opferschutz-Workshops durchgeführt, die den dortigen Kolleginnen und Kollegen wichtige Impulse für ihre tägliche Arbeit lieferten.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Westhessen wurden darüber hinaus auch Angehörige der Stadtpolizei durch geeignete Informationsmaßnahmen für das Themenfeld „Opferschutz“ sensibilisiert.

## **Ausblick 2019**

### *Kindgerechtes Medium „Zoff daheim – Die Polizei kommt“*

Wie geplant wurde im letzten Quartal 2018 die Verteilung des Informationsmediums „Zoff daheim – Die Polizei kommt“ an alle geeigneten polizeilichen Einsatzkräfte abgeschlossen. Das neue Informationsmedium wendet sich in geeigneter Weise an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen und weist auf die Möglichkeiten von Hilfsangeboten sowie die Rolle der Polizei hin.

Damit kann die hessische Polizei ihren Einsatzkräften nun erstmals ein hessenweit einheitliches, altersgerechtes Medium zu Verfügung stellen, das bei Antreffen von Kindern und Jugendlichen in Einsatzlagen mit Bezug zu häuslicher Gewalt und Gewalt im sozialen Nahraum Verwendung finden kann.

Im Laufe des Jahres 2019 sind in Hessen mehrere Inhouse-Veranstaltungen für die Themenbereiche „Auffrischung Erster Angriff häusliche Gewalt“ sowie „Erster Angriff häusliche Gewalt für Neuzugänge“ geplant. Die Veranstaltungen dienen der Fortbildung des eigenen Kollegenkreises.

In Anlehnung an die im Jahr 2018 durchgeführte Informationsveranstaltung zum Thema „Opferschutz“ für die kommunale Polizei in Wiesbaden plant das Polizeipräsidium Westhessen weitere ähnliche Veranstaltungen in anderen hessischen Städten.

In den Polizeipräsidien Mittelhessen und Osthessen sind Veranstaltungen zum Thema „Überbringen von Todesnachrichten“ im Jahr 2019 angedacht.

Ein hessenweiter Aufkleber zur Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs wurde eingeführt. Mit diesem Aufkleber können Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter deutlich sichtbar auf die Geeignetheit eines Vorgangs für den Täter-Opfer-Ausgleich hinweisen. Die hessische Polizei möchte so dazu beitragen, die Zahlen von tatsächlich durchgeführten Täter-Opfer-Ausgleichen zu steigern. Ergänzend hierzu hat das Hessische Landeskriminalamt am 14. März 2019 einen Fachtag zum Thema „Impulse Opferschutz 2019“ durchgeführt. Der Fachtag richtete sich an Bedienstete aus den Bereichen Polizei und Justiz sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Opferhilfeeinrichtungen.

## **2.7 Bankenschutz**

### **KUNO**

Seit dem 15.01.2018 ist KUNO („Kriminalitätsbekämpfung im Unbaren Zahlungsverkehr unter Nutzung nichtpolizeilicher Organisationsstrukturen“) in Hessen verfügbar. Die Anzahl und Entwicklung der Sperrmeldungen in Hessen werden in die KUNO-Sperrdatei eingepflegt. Die Anzahl der Sperrmeldungen zeigt auf, dass der für

Bürgerinnen und Bürger eingerichtete Service durchaus Zustimmung findet und auch in der Zukunft weiter genutzt wird.

### **Angriffe auf Geldautomaten**

In Hessen ereigneten sich bis zum 27.12.2018 12 versuchte und 19 vollendete Sprengungen von Geldausgabeautomaten (GA). Darunter befanden sich 9 Sprengungen mit nicht vollendetem Diebstahl.

Der Gesamtschaden in Hessen im Jahr 2018 bewegte sich im Millionenbereich. Dieser setzt sich zusammen aus der Höhe des erlangten Bargeldes und der entstandenen Sachschäden.

Hessen gehört gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen zu den am stärksten betroffenen Ländern in Deutschland.

Durch das Aufsprengen von Geldautomaten ist bis zum jetzigen Zeitpunkt glücklicherweise kein Personenschaden eingetreten.

Zu verzeichnen ist jedoch ein erhöhtes rücksichtsloses Verhalten der Täter während und nach der Tat, sodass davon auszugehen ist, dass diese ein schädigendes Ereignis von Personen billigend in Kauf nehmen.

Objekte und Orte, in/an denen sich GA befinden, unterliegen grundsätzlich einem erhöhten Gefährdungsrisiko. Die Empfehlungen der Polizei orientieren sich grundsätzlich am Grad der Gefährdung und der sich daraus resultierenden Risikoanalyse.

### **Projekte und Ausblick 2019**

Durch ein geeignetes landesweites Präventionskonzept in Hessen soll nun insbesondere dafür Sorge getragen werden, dass Personenschäden verhindert, aber auch Sachschäden reduziert werden.

Durch das Hessische Landeskriminalamt wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, der nun in den einzelnen Polizeipräsidien umgesetzt wird. Ziel ist es, besonders gefährdete GA-Standorte sicherungstechnisch und verhaltensorientiert gezielt und einheitlich zu beraten.

Das Hessische Landeskriminalamt hat speziell zu diesem Thema am 27.03.2019 eine Fachtagung durchgeführt. Hier wurde inhaltlich insbesondere auf die präventive Beratungsempfehlung für die Fachberaterinnen und Fachberater eingegangen.

## **2.8 Kulturgüterschutz**

### **Illegaler Handel mit Kunst- und Kulturgut**

Nach Angaben der UNESCO stellt der illegale Handel mit Kulturgut eine große Herausforderung dar, dessen Umsatz auf ca. 5 - 7 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt wird. Neben dem Handel mit Waffen und Drogen handelt es sich somit um einen der umsatzstärksten illegalen Märkte der Welt. Weltweit werden Museen und Stätten des Kultur- und Naturerbes geplündert. Nach wie vor sind insbesondere die von den Kriegen betroffenen Länder des Nahen Ostens von Plünderungen und Zerstörungen durch die Bürgerkriegsparteien betroffen. Auch wenn der sogenannte „Islamische Staat“ in Syrien und im Irak zwischenzeitlich zurückgedrängt werden konnte, ist mit dessen Beteiligung am illegalen Handel zur Terrorfinanzierung weiter zu rechnen, wie z. B. ein umfangreiches Ermittlungsverfahren der spanischen Polizei in 2018 belegt. Dabei wurden zahlreiche durch den „Islamischen Staat“ in Libyen geplünderte archäologische Kulturgüter über mehrere Länder, darunter auch Deutschland, nach Katalonien verbracht und durch einen Antikenhändler zum Kauf angeboten. Jedoch, nicht nur im Ausland stellt der Kulturgüterschutz fortgesetzt eine große Herausforderung dar. Auch Hessen ist nach wie vor von Plünderungen des Kultur- und Naturerbes durch „Hobby-Schatzsucher“ mit Metalldetektoren betroffen und zugleich Absatzmarkt für illegal erlangtes Kulturgut aus dem In- und Ausland.

### **Schwerpunkt der Präventionsmaßnahmen in 2018**

Die präventive Arbeit der Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz fokussierte sich in 2018 insbesondere auf Studierende sowie Berufstätige der Altertumswissenschaften und Restaurierungsberufe. In deren Ausbildung werden die Kulturgutkriminalität, ihre Folgen und bestehende nationale wie internationale Gesetze zum Schutz des Kulturguts nach wie vor nur unzureichend behandelt. Zudem bleiben diese Berufsgruppen weiterhin im Fokus krimineller Organisationen, die im illegalen Kulturguthandel wiederholt wissenschaftliche Expertisen und Restaurierungsmaßnahmen benötigen, um das illegal erlangte Kulturgut im Markt verkaufen zu können. Insbesondere gilt dies für herausragende Objekte.

Des Weiteren endete im letzten Jahr die Beteiligung des HLKA als assoziierter Partner am Bundesforschungsprojekt ILLICID zum illegalen Kulturgüterhandel aus den derzeitigen Krisenregionen im Nahen Osten. Der Bericht zu den Ergebnissen wird im Laufe des Jahres 2019 veröffentlicht werden.

Ende Oktober 2018 wurde zum dritten Mal infolge die EUROPOL-Aktionswoche PANDORA durchgeführt. Erneut beteiligten sich zahlreiche Staaten der EU an repressiven wie auch präventiven Maßnahmen zur Eindämmung der Kulturgutkriminalität. Auch die Polizei Hessen beteiligte sich an der Aktion. Neben Flohmärkten in Frankfurt/M. und Gießen wurden auch der Kunst- und Münzhandel im Internet sowie den Städten Frankfurt/M. und Wiesbaden kontrolliert und aufklärende Gespräche zum illegalen Handel geführt. Anhand der Ergebnisse zu PANDORA 2018 wird deutlich, dass sich unter den beschlagnahmten Kunst- und Kulturgütern wiederholt ein sehr großer Anteil an archäologischen Objekten und antiken Münzen befindet. Die Plünderungen archäologischer Stätten und Museen sowie anschließende illegale Vermarktung der Kulturgüter in Europa dauert somit unvermindert an.

## **2.9 Städtebauliche Kriminalprävention**

### **Entwicklung im vergangenen Jahr**

Die regionale Zusammenarbeit mit Bauämtern, Architekten und der Wohnungswirtschaft hat sich verstetigt.

Durch die Schnittpunkte der „Städtebaulichen Kriminalprävention“ zum neuen Projekt KOMPASS „KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel“ wurden in den beteiligten Kommunen verstärkt Beratungen durchgeführt.

### **Schwerpunkte und Projekte**

In allen Polizeipräsidien wurde das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ intensiv beworben; einige Projekte befinden sich in der Beratungs- und Umsetzungsphase.

Unter dem Titel „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ gibt es Maßnahmen, die zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt beitragen. Dafür wurde ein Dialogforum eingerichtet. Diesem Gremium gehören Vertreter der Landespolizei, des Ordnungsamtes, anderer Gefahrenabwehrbehörden und städtischer Ämter sowie Vertreterinnen und Vertreter von Industrie, Handel, Handwerk und Gastronomie an (u.a. HWK, IHK, DEHOGA, EHV).

Ziel der Maßnahmen ist, einen Beitrag zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich zu leisten. Beispielhaft ist die Verbesserung der Beleuchtung, die

Belebung von Plätzen unter Berücksichtigung von Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention geplant.

Bei gemeinsamen Stadtrundgängen am Tag und in den Nachtstunden wurden Themen wie Einfahrtssperren, Parksituationen, Graffiti an Abfallbehältern, die Beleuchtungssituation, die Stadtmöblierung, die Grünanlagen und andere Themen angesprochen.

Die Entstehung von zusätzlichem Wohnraum ist gerade in Wiesbaden ein relevantes Thema. Interessant wird u.a. die Entwicklung des neuen Stadtteils „Ostfeld Kalkofen“ auf einer Gesamtfläche von ca. 490 ha. In den nächsten Jahren wird dieser Stadtteil mit einer hohen Dichte und Nutzungsmischung und einem Wohnraum für 8.000 bis 12.000 Menschen auf einer Fläche von 30 bis 35 ha entstehen, zuzüglich ca. 50 ha für neue Industrie- und Gewerbeflächen. Die Städtebauliche Kriminalprävention ist hier beteiligt.

Das Polizeipräsidium Mittelhessen setzte seine erfolgreiche Beteiligung an dem Projekt „EinSicht - Marburg gegen Gewalt“ fort, in dessen Rahmen städtebauliche Umgestaltungen im Stadtgebiet Marburg in Planung sind. Aktuell wurden umfangreiche polizeiliche Empfehlungen in Bereich des „Jägertunnels“ umgesetzt.

Das Polizeipräsidium Südhessen führte seine Zusammenarbeit mit der Schader-Stiftung, die über ihren Zweck der Förderung der Gesellschaftswissenschaften Veranstaltungen zum Thema „Städtebau“ durchführt, fort. Durch die Beteiligung des PP Südhessen an entsprechenden Veranstaltungen können die Gedanken der „städtebaulichen Kriminalprävention“ eingebracht werden.

Das Hessische Landeskriminalamt veranstaltete eine Fachtagung zum Thema „Zufahrtsschutz“, um die Kompetenzen im Bereich des Schutzes urbaner Räume vor Überfahrten auszubauen.

Landesweit wurden verstärkt Beratungen zu diesem Thema durch die Kommunen nachgefragt. So war das Polizeipräsidium Südhessen z. B. an der Ausarbeitung des „Sicherheitskonzeptes des Bürger- und Winzerfestes der Stadt Bensheim“ beteiligt.

Das Hessische Landeskriminalamt beteiligte sich in der KPK-Projektgruppe „Städtebau“ an der Erarbeitung einer aktuellen Übersicht individueller Maßnahmen und technischer Möglichkeiten im Zufahrtsschutz in Form eines ProPK-Sondernewsletter PRÄVENTION „Urbane Sicherheit“.

## **Prognose/Ziele**

Da sich die rege Bautätigkeit der letzten Jahre fortsetzt und das Thema Sicherheit im Bereich der Stadtentwicklung weiter in den Fokus gerückt ist, wird die „städtebauliche Kriminalprävention“ weiter an Bedeutung gewinnen und sich das Thema „Schutz vor extremen Gewalttaten“ als ein Pfeiler der urbanen Sicherheit verfestigen.

## **2.10 Prävention Cybercrime**

Das Hauptziel der Prävention Cybercrime in Hessen besteht in der Sensibilisierung und Aufklärung im Innen- und Außenverhältnis. Zielgruppen sind hierbei erwachsene Personen bis ins Seniorenalter sowie Angehörige der hessischen Polizei. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Ausbildung von Multiplikatoren. Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wird hierbei mittelbar über die Schulung von Erziehungsverantwortlichen und Lehrkräften erreicht.

Die Fachberaterinnen und Fachberater der Prävention Cybercrime in den Polizeipräsidien und im Hessischen Landeskriminalamt führen regelmäßig Veranstaltungen in eigener Zuständigkeit durch. Die Fachaufsicht und die Koordination der landesweiten Aktionen liegt bei der Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention im Hessischen Landeskriminalamt.

Die Fachberatung Cybercrime wertet tagesaktuell alle verfügbaren Quellen aus, um neue Tatbegehungsweisen zu identifizieren, geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln und diese koordiniert umzusetzen. Das Resultat sind leicht verständliche Handlungsempfehlungen für die jeweilige Zielgruppe, um diese vor den neuen Maschen der Täter schützen zu können.

Zur Erhöhung der Reichweite der Präventionsbotschaften arbeitet die Fachberatung Cybercrime eng mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Dies umfasst auch Auftritte im Rundfunk, Fernsehen und Beiträge in Printmedien.

Die hessische Polizei nutzt intensiv alle Möglichkeiten, die Reichweite ihrer präventiven Botschaften zu vergrößern. Hierzu zählen beispielsweise die Nutzung der Social-Media-Kanäle, insbesondere Facebook, und die Internetseite [www.polizei.hessen.de](http://www.polizei.hessen.de), um medienaffine Zielgruppen besser zu erreichen.



2018 wurden auf Facebook und [www.polizei.hessen.de](http://www.polizei.hessen.de) Informationsbeiträge unter anderem zum nachfolgenden Themen veröffentlicht:

- „Heiße Deals zum „Geldverbrennen“ (Thema Fake Shops“)
- Falschmeldungen im Internet (Thema „Fake News“)
- Onlineerpressung mit kompromittierenden Sexvideos (Thema „Sextorsion“)
- Falsche Microsoft-Anrufer (Thema „Social Engineering“)
- Datensicherheit (Thema „World Back-Up Day“)
- Ganz sicher Mobil unterwegs (Thema „Smartphone Sicherheit“)

Wie immer waren die Fachberaterinnen und Fachberater Cybercrime im Anschluss an die gezielten Veröffentlichungen für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger für eine persönliche Fachberatung ansprechbar. Die Fachberatungen Cybercrime sind per Telefon und E-Mail sowie persönlich in den Polizeiläden der hessischen Polizei erreichbar. Die Beratungsangebote der Prävention Cybercrime umfassen dabei alle Aspekte des digitalen Lebens, wie:

- Ausspähen von Daten verhindern
- Tipps im Umgang mit Schadsoftware
- Computerbetrug und Schutz im Bereich Onlineshopping und E-Commerce
- PC Sicherheit und Sicherheit von mobilen Endgeräten
- Sicherheit im Bereich des Onlinebankings
- Gefahren sozialer Medien
- Schutz der digitalen Identität und des digitalen Nachlasses
- Informationen zum Thema Urheberrechtsverletzungen
- Aktuelle Kriminalitätsphänomene und Trends

Die Kooperationspartner sind neben der Verbraucherzentrale Hessen, mit der seit längerem ein eigener Kooperationsvertrag besteht, auch die lokal verorteten Industrie- und Handelskammern und Volkshochschulen im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Polizeipräsidiums.

Ausgewählte Veranstaltungen der Prävention Cybercrime:

- Das Konzept „SfS“ (Sicherheitsberater für Senioren) wird regelmäßig durch die Fachberatung Cybercrime durch ein Modul „Internetkriminalität“ unterstützt, das entsprechend auf die Zielgruppe abgestimmt ist.
- Durchführung der hessenweiten „Verbraucherschutztour 2018“ zum Thema „Internetkriminalität“ mit Einsatz des Präventionsmobils gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Hessen und dem Verbraucherschutzministerium
- Anlässlich des „Safer Internet Day 2019“ (Thema „Hate Speach“) wurde für die Bürgerinnen und Bürger ein Expertentelefon mit Herrn Dirk Hintermeier (Pressestelle im Hessischen Landeskriminalamt) angeboten, bei dem diese ihre Fragen stellen konnten.
- Anlässlich des "World Back-up Day" am 31.03.2018 hat die hessische Polizei dazu aufgerufen, eine persönliche Back-up Routine für die eigenen Daten zu entwickeln.
- Organisation und Durchführung von Inhouse-Veranstaltungen für alle interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des jeweiligen Polizeipräsidiums

In Zusammenarbeit mit der Hochschule RheinMain wurden Präventionsfilme zu nachfolgenden Themen erstellt und veröffentlicht:

- „Fake News“
- „Cybergrooming“ (Belästigung von Kindern im Internet)

## **2.11 Migration**

### **Die hessische Polizei im Dialog**

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten führten die Migrationsbeauftragten<sup>1</sup> in 2018 den Dialog mit Gesellschaftsgruppen mit Migrationshintergrund. Hierzu zählen die bereits in Hessen über einen langen Zeitraum beheimateten Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sowie auch die Neuzugewanderten.

---

<sup>1</sup> Die Migrationsbeauftragten sind Ansprechpartner sowohl für die Belange der hessischen Polizei als auch für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

## **Im Dialog mit Zuwanderern**

Um Zuwanderer frühestmöglich über den Rechtsstaat und die Aufgaben und Rolle der Polizei zu informieren, führt die hessische Polizei Informationsveranstaltungen durch, bei denen Polizeibeamtinnen und –beamte und die Migrationsbeauftragten gemeinsam Vorträge halten.

Hierdurch sollen Vertrauensbarrieren abgebaut und das Bild einer rechtsstaatlichen Polizei vermittelt werden, da viele Zuwanderer aus Krisenregionen stammen und je nach Herkunftsregion eine totalitäre Polizei erlebt haben.

Neben der Vertrauensbildung ist es der hessischen Polizei wichtig, grundlegende Informationen zu ausgewählten Themen, wie bspw. Gewalt, sexuelle Gewalt sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch, zu geben.

Hierdurch soll zum einen ein Rechtsverständnis zu Gesetzen und Werten in Deutschland vermittelt und zum anderen Opfern von Straftaten gezeigt werden, dass sie Hilfe erhalten können.

Hinsichtlich der Zielgruppe der Zuwanderer ist festzustellen, dass, nachdem die Zuwanderungszahlen der Jahre 2015/16 besonders hoch waren, diese in den Folgejahren 2017/18 rückläufig waren.

Die Aufnahme und Unterbringung von Zuwanderern in Aufnahmeeinrichtungen ist hierdurch zum einen von kürzerer Dauer und aufgrund der zurückgehenden Zuwanderungszahlen ist auch die Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen rückläufig. Dies wirkte sich auf die Dialogbestrebungen und Informationsvermittlungen der hessischen Polizei hinsichtlich dieser Zielgruppe aus und erschwerte die Erreichung der Zielgruppe, da diese nur noch bedingt in Aufnahmeeinrichtungen zu erreichen sind.

## **Vom Dialog zur Partizipation mit der „alteingesessenen“ Gesellschaft mit Migrationshintergrund**

Die Migrationsbeauftragten pflegen ein weit verzweigtes Netzwerk zu verschiedensten Migrant\*innenorganisationen. Mittels dieser Netzwerkarbeit können Zielgruppen innerhalb der Gesellschaft mit Migrationshintergrund erreicht werden, welche sich spezifisch in ihren religiösen und/oder kulturellen Vereinen organisieren.

Hier wurden verschiedenste Themen der Prävention der Zielgruppe hauptsächlich durch Informationsveranstaltungen vermittelt.

Im Rahmen des „Arbeitskreises Sicherheit für Alle“ wurden zusätzlich in den Polizeipräsidien Westhessen und Südosthessen Präventionsbotschafter in Themen der Prävention sensibilisiert.

### **Nachwuchsgewinnung mit Migrationshintergrund**

Zusätzlich zu der Vermittlung von Präventionsinhalten warben die Migrationsbeauftragten hinsichtlich dieser Zielgruppe für den Polizeiberuf. Speziell am Berufsinformationstag und in der Nacht der Bewerber konnten so junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen und über die Einstellungs Voraussetzungen für den Polizeiberuf informiert werden.

In 2018 stellte die hessische Polizei bei den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern einen Anteil von ca. 21% mit Migrationshintergrund ein. Das ist in etwa der Anteil an Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund in Hessen.

### **Kulturspezifische Beratung und Interkulturelle Kompetenz**

Die Migrationsbeauftragten beraten und unterstützen im Rahmen des Gefährdungslagenmanagements ihre Kolleginnen und Kollegen bei Gefahrenabwehr- und Ermittlungsvorgängen, bei denen herkunftsbezogene kulturelle Motive eine besondere Herausforderung darstellen und Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus unterstützten Migrationsbeauftragte die Fortbildung von Polizeibediensteten hinsichtlich interkultureller Kompetenz. Zu diesem Zweck leiteten Migrationsbeauftragte in Unterstützung der Polizeiakademie Hessen dezentrale Seminare in den Polizeipräsidien und schulten das Personal zum Thema interkulturelle Kompetenz.

## **2.12 Netzwerk gegen Gewalt**

Das Netzwerk gegen Gewalt versteht Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Getragen wird es vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, vom Hessischen Kultusministerium, vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und vom Hessischen Ministerium der Justiz. Es will Beiträge zur Intensivierung der Kooperation aller in der Gewaltprävention tätigen Akteure leisten.

## **Organisation**

Das strategische Steuerungsinstrument des Netzwerks gegen Gewalt ist die ressortübergreifend besetzte Lenkungsgruppe. Ihr gehört je eine Vertreterin oder ein Vertreter des das Netzwerk gegen Gewalt tragenden Ministeriums an.

Die zentrale Geschäftsstelle des Netzwerks gegen Gewalt steuert die operative Tätigkeit des Netzwerks gegen Gewalt, koordiniert die Maßnahmen der regionalen Geschäftsstellen und übt die Fachaufsicht über diese aus. Die zentrale Geschäftsführung wird durch je eine Vertreterin oder einen Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Hessischen Kultusministeriums wahrgenommen. Die regionale Ebene des Netzwerks gegen Gewalt bilden sieben regionale Geschäftsstellen in den Polizeipräsidien.

## **Zentrale Aktivitäten, Programme und Projekte**

### **Prävention im Team (PiT-Hessen)**

Das Gewaltpräventionsprogramm für weiterführende Schulen, PiT-Hessen, wurde im Schuljahr 2017/2018 an 95 Schulen angeboten. Das PiT-Programm hat eine eigene Programmleitung, die vom Hessischen Kultusministerium abgeordnet und an die zentrale Geschäftsstelle angegliedert ist.

Ein Kooperationsvertrag zwischen den Ressorts Innen, Kultus und Soziales regelt die Aufgaben der verantwortlichen Ministerien im Programm PiT-Hessen.

Weitere Informationen zum Programm:

<https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/programme/pit-pr%C3%A4vention-im-team>

### **Gewalt – Sehen – Helfen**

Das Programm „Gewalt – Sehen – Helfen“ wird seitens des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport den Landkreisen und Kommunen in Hessen angeboten. 2018 beteiligten sich insgesamt 21 Kommunen und Landkreise an diesem Programm (weitere Informationen zum Programm: <https://gewalt-sehen-helfen.hessen.de>)

### **Medienkompetenz für Erwachsene**

In nahezu jedem Zuständigkeitsbereich der regionalen Geschäftsstellen gibt es ein Netzwerk von Einrichtungen, Initiativen und Akteuren zu medienpädagogischen

Themen. Die Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Medienkompetenz und eine Optimierung der Wirksamkeit der Maßnahmen sind deren Hauptziele. Die einzelnen Mediennetzwerke konnten z. B. Fortbildungen im Bereich der Medienkompetenz für Tätige anbieten. In 2018 wurden regional Veranstaltungen zum Thema „Hate Speech“ durchgeführt.

### **Gewalt im Namen der Ehre**

Die in 2017 aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Gewalt im Namen der Ehre“ von 10.000 Exemplaren war bereits Ende des dritten Quartals vergriffen und musste nachgedruckt werden. Auch der Flyer für (potenziell) von Zwangsheirat Betroffene „Du entscheidest, wen und ob du heiratest“ stieß auf großes Interesse und machte einen Nachdruck erforderlich. Auch in 2018 unterstützte das Netzwerk gegen Gewalt die acht Aufführungen des Theaterstücks „Mein Leben. Meine Liebe. Meine Ehre.“ durch Mitwirkung an den Informationsgesprächen für Lehrkräfte. Die Weiterführung dieses Themas erfolgte auch durch regionale Schwerpunktsetzung. Hierzu gehörte weiterhin die Begleitung der Umsetzung des Berliner Gleichstellungsprojektes „HeRoes“ als Pilotprojekt in Offenbach. Im Juni wurden weitere acht junge Männer als „HeRoes“ zertifiziert, die seitdem Workshops zur Ehrgehalt an Schulen durchführen.

### **Mobbing**

Die Nachfrage nach der Informationsbroschüre des Netzwerks gegen Gewalt „Mobbing – Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und Mobbingintervention in Hessen“ war auch im Berichtsjahr sehr groß. Mit den Vorbereitungen zu einer vierten überarbeiteten Auflage der Broschüre wurde begonnen. Eine ergänzende Handreichung „Handlungs- und Unterstützungskonzept. Prävention und Intervention unter Kindern und Jugendlichen in Hessen“ wurde durch die Arbeitsgruppe Mobbing fertiggestellt und veröffentlicht. Für die Implementierung eines landesweiten Fachkreises zur Mobbingprävention und Mobbingintervention unter Leitung des Netzwerks gegen Gewalt konnten Mitglieder aus verschiedenen Berufsgruppen gewonnen werden.

Die konstituierende Sitzung hat am 22. Februar 2019 stattgefunden. Im Berichtsjahr unterstützte das Netzwerk gegen Gewalt erneut die Planung und Durchführung des Workshops „Mobbingprävention und -intervention“ für Lehramtsstudierende an der Universität Gießen und Marburg. Die 4-jährige Pilotphase soll in 2019 abgeschlossen

und Möglichkeiten zur Implementierung des Workshops an weiteren Hochschulen überprüft werden.

### **Sexualisierte Gewalt**

Am 22.02.18 veranstaltete das Netzwerk gegen Gewalt eine landesweite Fachtagung zum Thema „Verhalten-Vorgehen-Vernetzen, gemeinsam gegen sexualisierte Gewalt bei Kindern und Jugendlichen“ mit ca. 180 Teilnehmenden aus den Bereichen Schule, Polizei, Jugendhilfe, Justiz sowie Beratungsstellen. Wegen der großen Nachfrage wurde eine inhaltsgleiche Fachtagung erneut am 29.10.2018 angeboten und mit 130 Teilnehmenden durchgeführt.

Im Berichtsjahr unterstützte das Netzwerk gegen Gewalt sowohl landesweit als auch regional wieder die Umsetzung der bundesweiten Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu sexuellem Missbrauch „Trau dich!“ durch unterschiedliche Maßnahmen.

### **Qualität von Prävention/Präventionsprogrammen**

Das Netzwerk gegen Gewalt will bei der Suche und Auswahl geeigneter Gewaltpräventionsprogramme Hilfestellung leisten. Auf der Homepage des Netzwerks ist ein Fragenkatalog abrufbar, der Verantwortlichen Hilfe und Orientierung bietet.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Ein Schwerpunkt öffentlicher Kommunikation ist die Internetseite des Netzwerks gegen Gewalt. Die Homepage informiert über die Arbeit unter:

[www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de](http://www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de)

### **Kooperationen von besonderer Bedeutung**

Die Zusammenarbeit mit dem Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) wurde fortgeführt.

## **2.13 Freiwilliger Polizeidienst**

Der Freiwillige Polizeidienst wurde seit Abschluss der überaus positiv verlaufenen Pilotphase im Dezember 2001 auf der Grundlage so genannter Koordinationsverträge bei hessischen Städten und Gemeinden intensiv ausgebaut. Im Jahr 2018 beteiligten sich insgesamt 100 Kommunen am Freiwilligen Polizeidienst mit rund 380 aktiven

Polizeihelferinnen und Polizeihelfern. Von den 100 Kommunen ruht der Einsatz der Helferinnen und Helfern in 10 Städten und Gemeinden.

Der Freiwillige Polizeidienst in Städten, Gemeinden und auf Landkreisebene hat sich als eine sinnvolle und wirksame Präventionsmaßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die Einrichtung des Freiwilligen Polizeidienstes im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) wird durch das Land Hessen finanziell gefördert. Derzeit ist der Freiwillige Polizeidienst in 24 Städten und Gemeinden im Rahmen der IKZ eingerichtet.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Kommunen und der Polizei mit dem Einsatz der freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer sowie der positiven Resonanz aus der Bevölkerung, wird der Freiwillige Polizeidienst in Hessen auch in 2019 – u.a. im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit - weiter ausgebaut. So plant auch die Stadt Reichelsheim (Wetteraukreis) noch in diesem Jahr, dem Modell mit beizutreten.

### **3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2019**

Auch 2018 ist es allen Präventionsdienststellen erneut gelungen, mit den begrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen durch gemeinsame Prioritätensetzung und Schwerpunktbildung die Kriminalitätsentwicklung in Hessen entscheidend zu verbessern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung positiv zu beeinflussen.

Grundsätzlich erscheinen noch Optimierungsbedarfe in der Darstellung der Maßnahmen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der Polizei zu bestehen. Erste Schritte in diese Richtung werden durch die neu eingestellte Medienpädagogin des HLKA gegangen.

Die Präventionsarbeit der hessischen Polizeipräsidien und des HLKA wird 2019 maßgebend von der weiteren Umsetzung, der Aufnahme von weiteren Kommunen und der Weiterentwicklung der Präventionsinitiative KOMPASS geprägt sein. Hier gilt es, weitere Kooperationspartner innerhalb der Polizei (z.B. Migrationsbeauftragte, Schutzmänner/-frauen vor Ort) und ggfls. auch außerhalb der Polizei stärker einzubeziehen.



Ebenso wird seitens des HLKA mit einer neu eingestellten Architektin die Beratung der Kommunen zum Themenbereich „Urbane Sicherheit/Sichere Innenstadt“ eine weitere Professionalisierung erfahren.

Darüber hinaus wird ein Schwerpunkt die Reduzierung der Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger durch Geldautomatensprengungen mit der Umsetzung der umfangreichen Maßnahmen aus der Rahmenkonzeption des HLKA sein. Hier wird eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Ermittlerinnen und Ermittlern (zentral in der Abt 4 des HLKA) Erfolge bringen.

Natürlich gilt es, die bewährten zielgruppenorientierten Maßnahmen, insbesondere für Jugendliche und Senioren, in allen Präventionsbereichen im Jahr 2019 in bewährter und erfolgreicher Art und Weise fortzuführen bzw. weiterzuentwickeln.

## 4. Anlagen

### 4.1 Tabelle Kennzahlen 2018

	Gesamt 2017	Gesamt 2018
Mitarbeiter, die hauptamtlich in der Prävention tätig sind (PP und PD)	273	281
Sicherheitstechnische Beratungen	8.430	8.298
Präventionsveranstaltungen an Schulen	5.381	6.277
Präventionsveranstaltungen außerhalb von Schulen	4.061	3.666
Interne Schulungen	211	344
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der Netzwerkpartner (Institutionen, ggf. Sachraten etc.)	198	460
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl Runder Tische, Netzwerke, Aktionsbündnisse an denen das Netzwerk gegen Gewalt teilnimmt	25	70
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der durchgeführten Präventions-Aktionen	74	233
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der Teilnehmenden bei durchgeführten Veranstaltungen	2.448	8.341
Veranstaltungen an denen das Netzwerk gegen Gewalt repräsentiert hat (Messen, Tag der offenen Tür, Infostände)	22	18

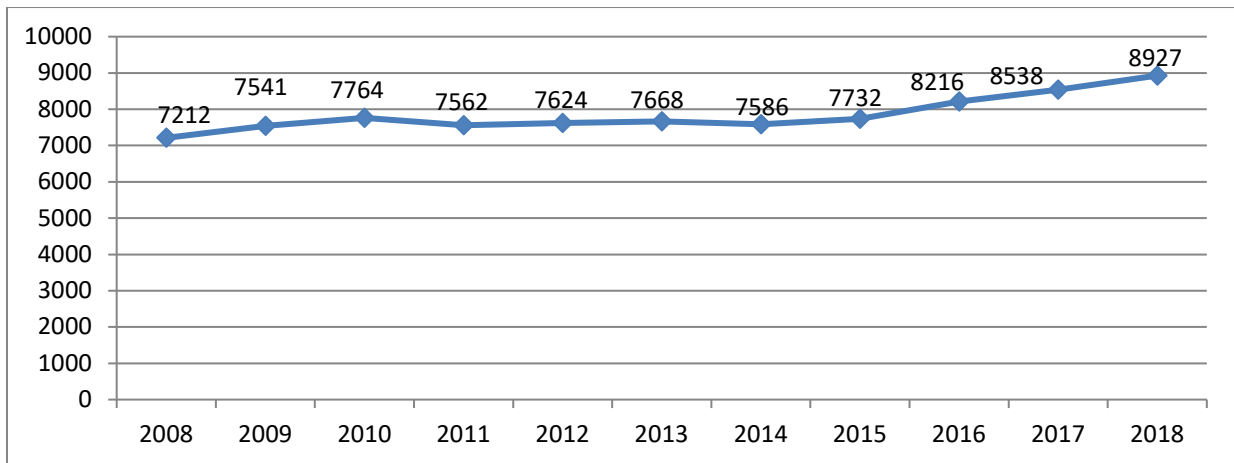
## 4.2 Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking

### Polizeiliche Maßnahmen

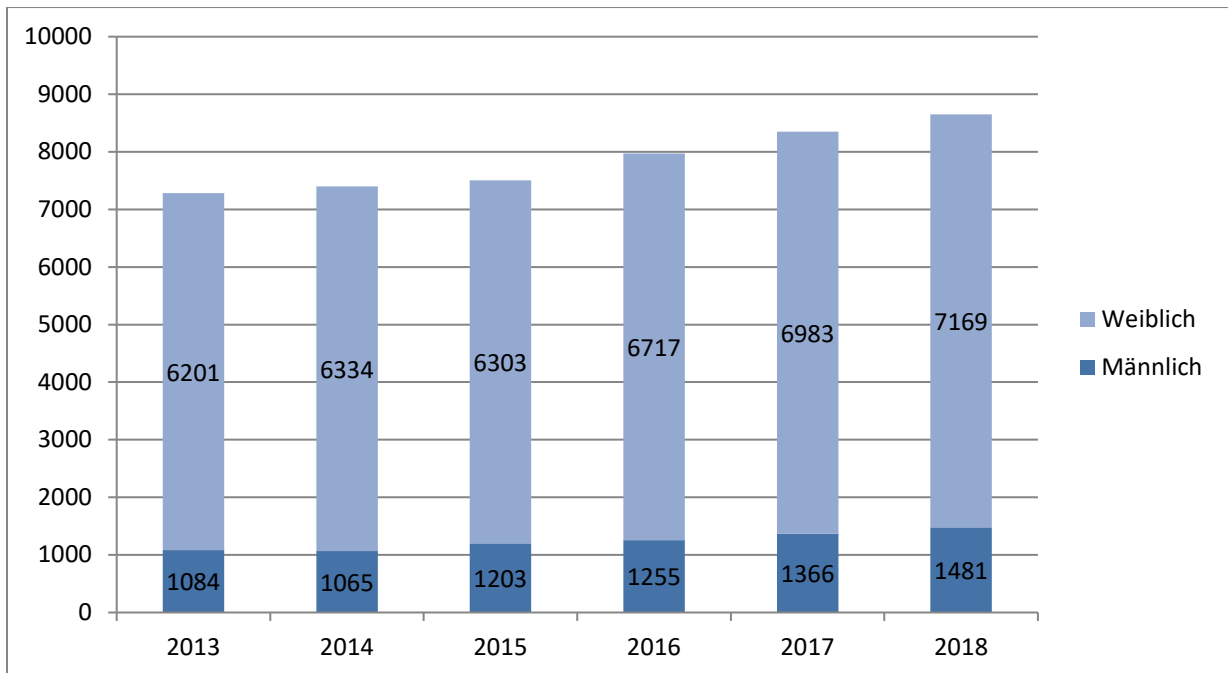
Maßnahme		2014	2015	2016	2017	2018
<b>Platzverweis</b>	bis 1 Tag	169	160	175	181	162
<b>Platzverweis</b>	bis 6 Tage	21	8	20	28	11
<b>Platzverweis</b>	bis 14 Tage	575	644	718	943	607
<b>Wohnungsverweisung § 31 (2) HSOG</b>	bis 14 Tage	1.734	1.816	2.125	1.892	1.974
<b>Wohnungsverweisung § 31 (2) HSOG</b>	über 14 Tage	38	25	27	29	27
<b>Kontaktaufnahmeverbot § 31 (2) HSOG</b>	bis 14 Tage	1.842	1.949	2.205	2.135	2.189
Maßnahme		2014	2015	2016	2017	2018
<b>Kontaktaufnahmeverbot § 31 (2) HSOG</b>	über 14 Tage	64	30	33	41	43
<b>Ingewahrsamnahme § 32 HSOG</b>	bis 1 Tag	195	182	229	168	172
<b>Ingewahrsamnahme § 32 HSOG</b>	bis 6 Tage	0	1	1	10	2
<b>Frauenhaus</b>		117	150	149	136	101
<b>Hilfeeinrichtungen hingewiesen (Opfer)</b>		4.362	4.334	4.653	4.182	4.065
<b>Hilfeeinrichtungen hingewiesen (Täter)</b>		1.387	1.281	1.503	1.324	1.244
<b>Wechselseitige Anzeigen</b>		759	826	1.006	981	989

## 4.2.1 Häusliche Gewalt

### Fallzahlen Häusliche Gewalt 2008 bis 2018



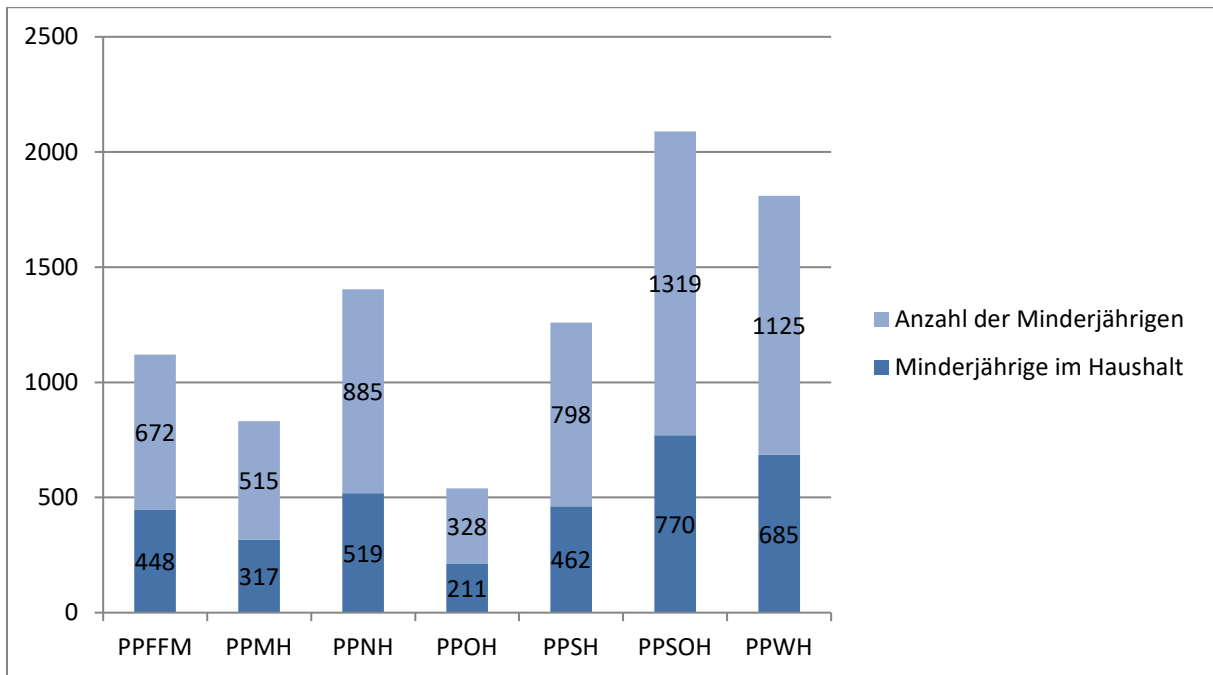
### Häusliche Gewalt - Opfer (Anzahl) 2013 bis 2018



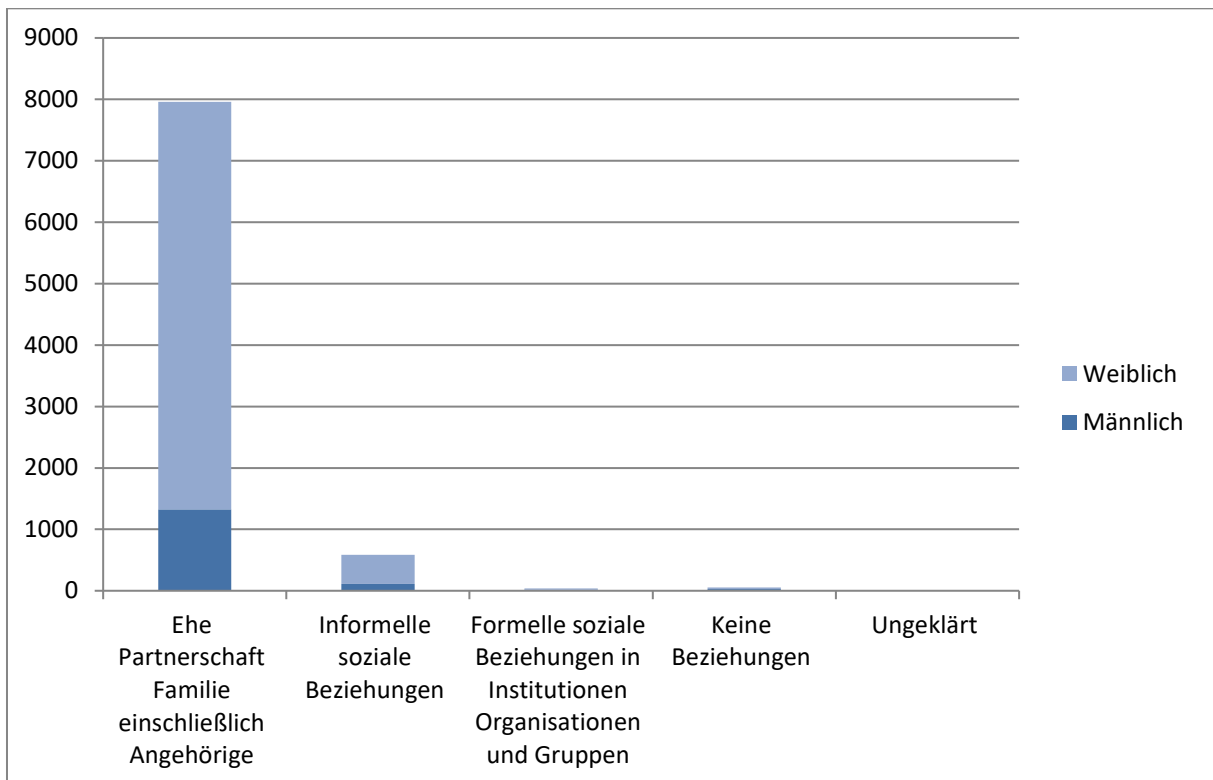
### Häusliche Gewalt - Opfer (Alter und Geschlecht) 2018

Altersstruktur	Männlich	Weiblich
bis unter 6 Jahren	23	35
6 bis unter 14 Jahren	54	67
14 bis unter 18 Jahren	45	145
18 bis unter 21 Jahren	57	444
21 bis unter 60 Jahren	1.203	6.276
60 Jahre und älter	99	202

## Häusliche Gewalt - Minderjährige im Haushalt 2018

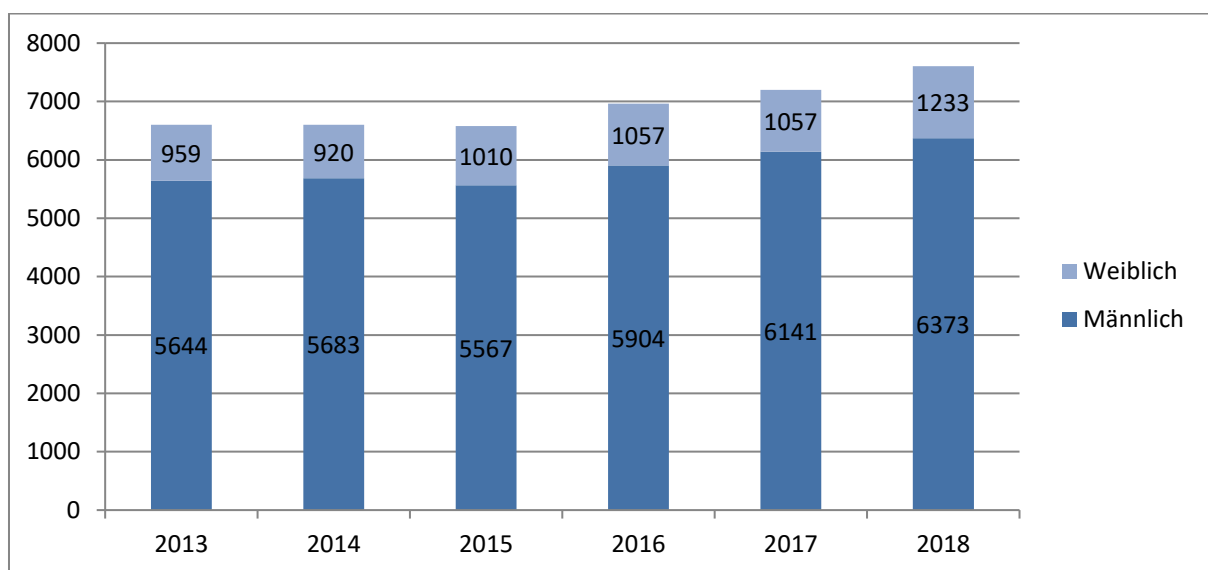


## Häusliche Gewalt - Täter – Opfer Beziehung 2018



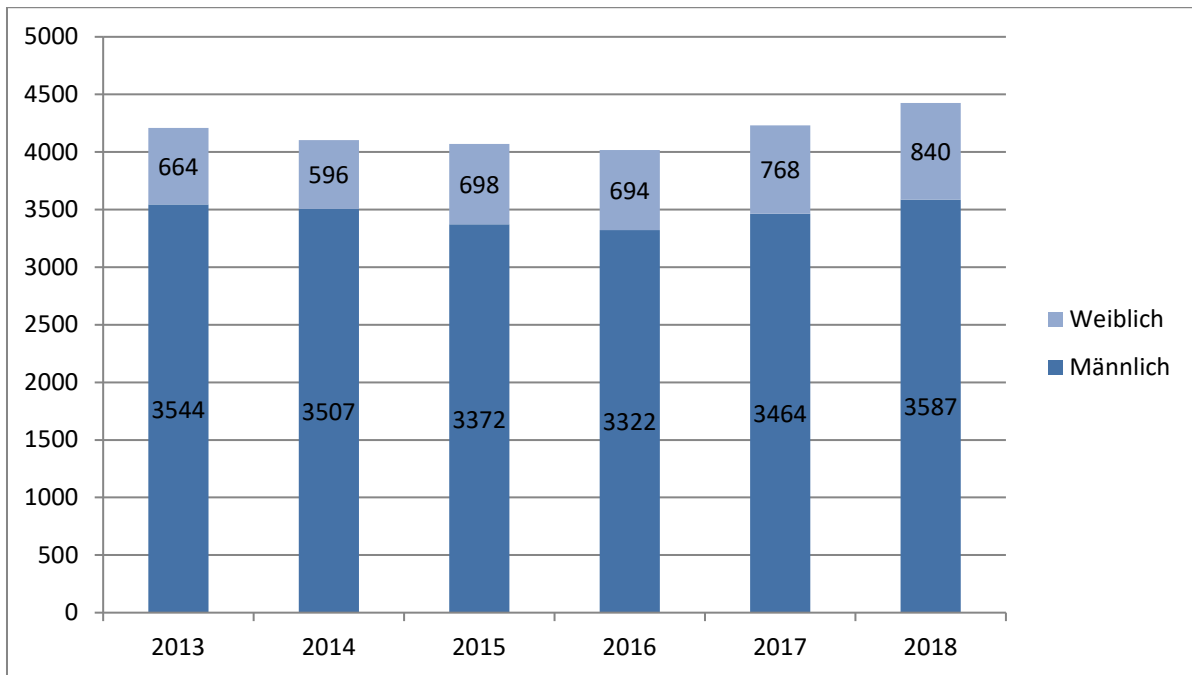
Beziehung zum Täter	Männlich	Weiblich
Ehe / Partnerschaft / Familie einschließlich Angehörige	1.325	6.633
Informelle soziale Beziehungen	109	477
Formelle soziale Beziehungen in Institutionen Organisationen und Gruppen	18	22
Keine Beziehungen	25	28
Ungeklärt	4	9

### Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (Geschlecht) 2013 bis 2018

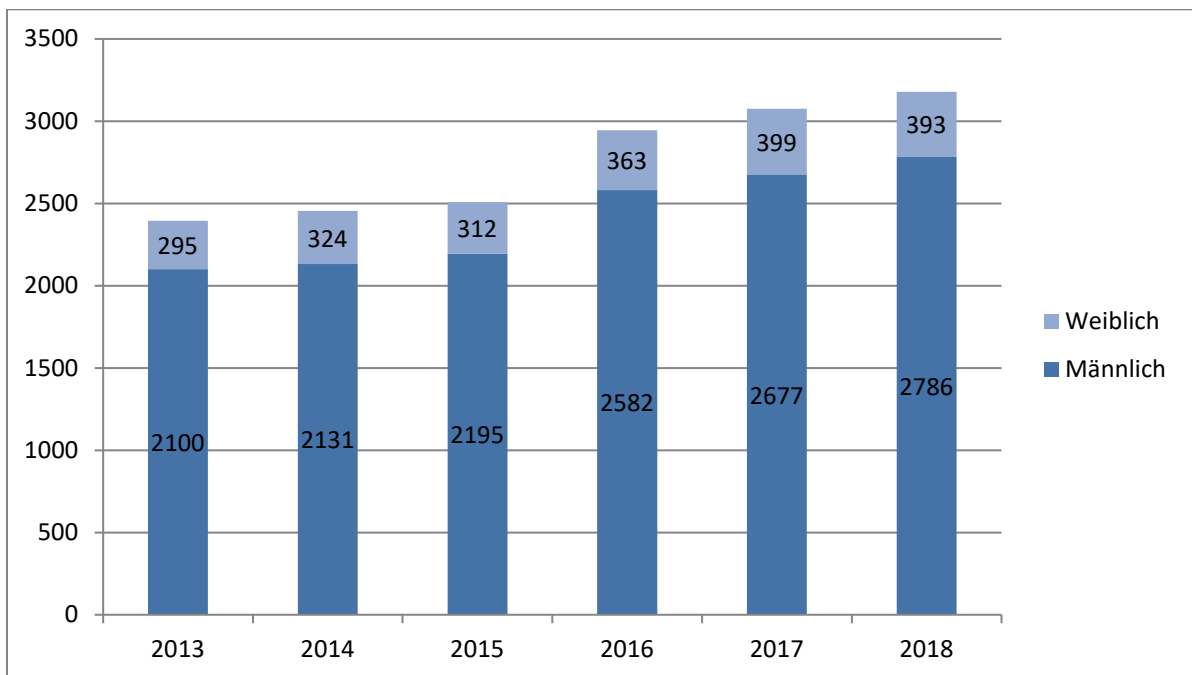


Jahr	Gesamt	männlich	in %	weiblich	in %
2013	6.603	5.644	85,48	959	14,52
2014	6.558	5.683	86,66	920	14,03
2015	6.557	5.567	84,90	1.010	15,40
2016	6.961	5.904	84,82	1.057	15,18
2017	7.308	6.141	84,0	1.167	16,0
2018	7.606	6.373	83,80	1233	16,20

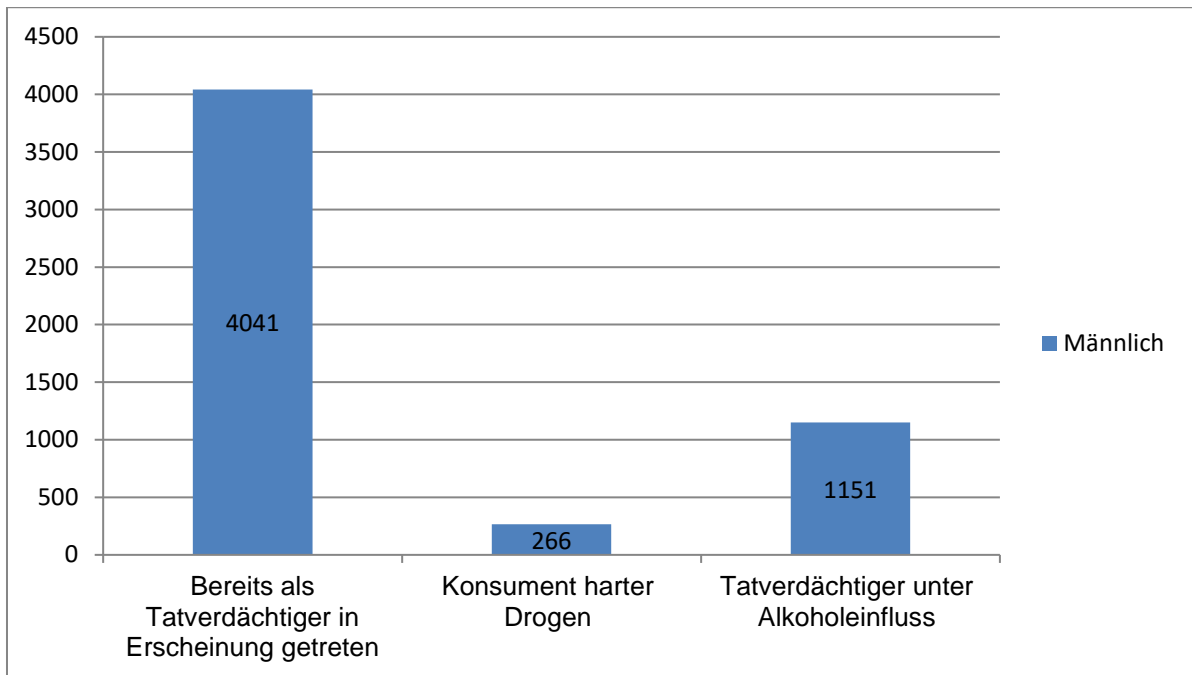
### Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (deutsch) 2013 bis 2018



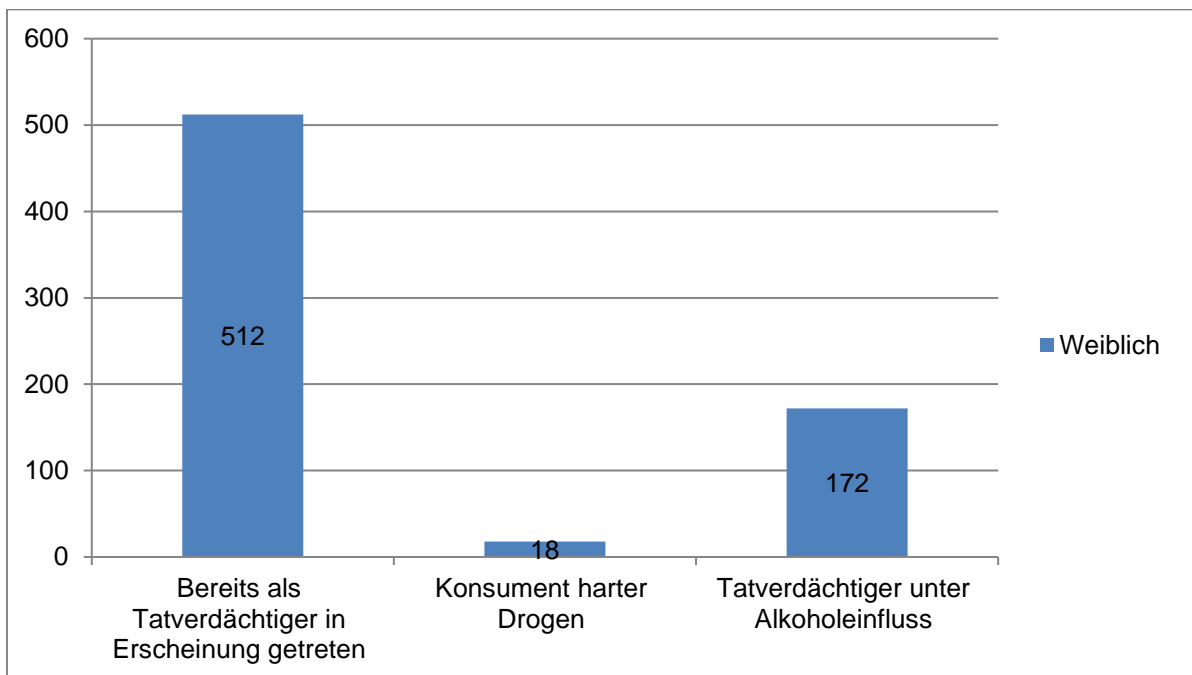
### Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (nicht-deutsch) 2013 bis 2018



### Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (sonstige Merkmale) 2018



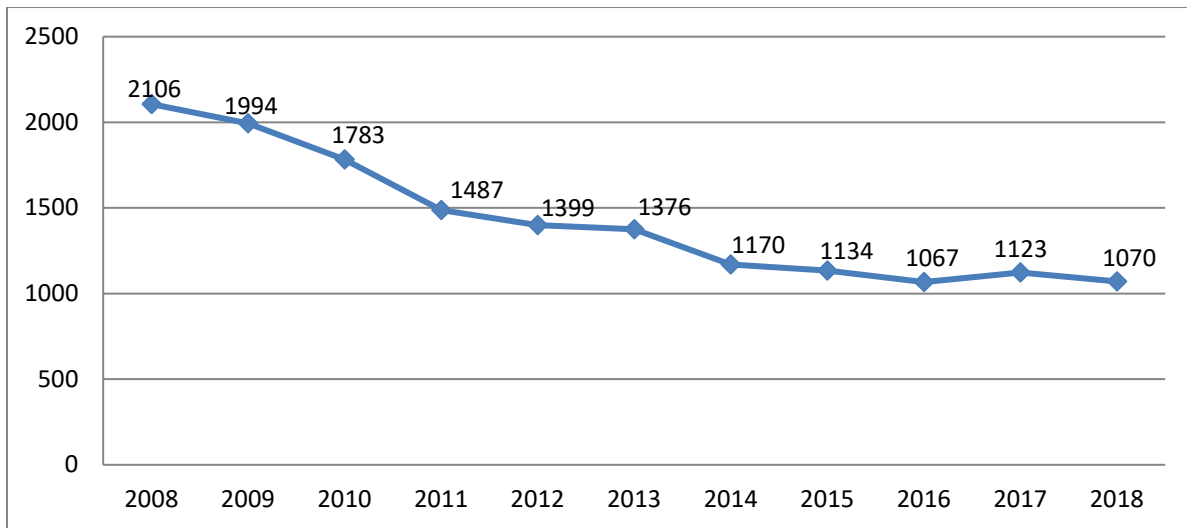
### Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (sonstige Merkmale) 2018



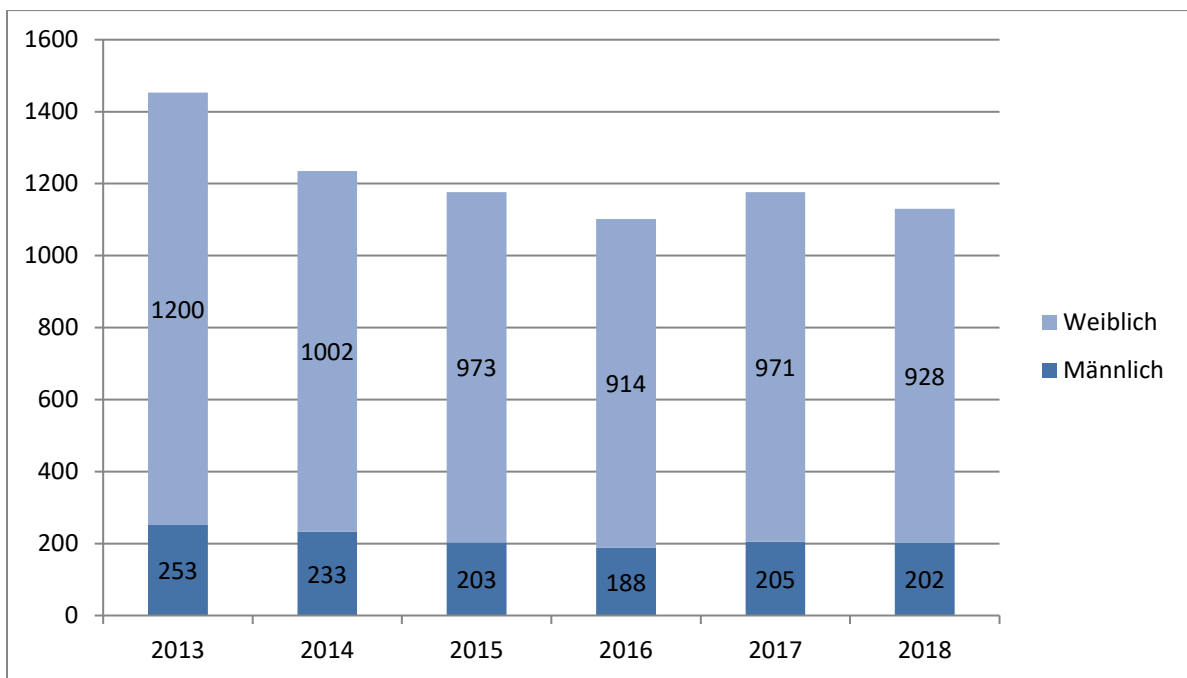


## 4.2.2 Stalking

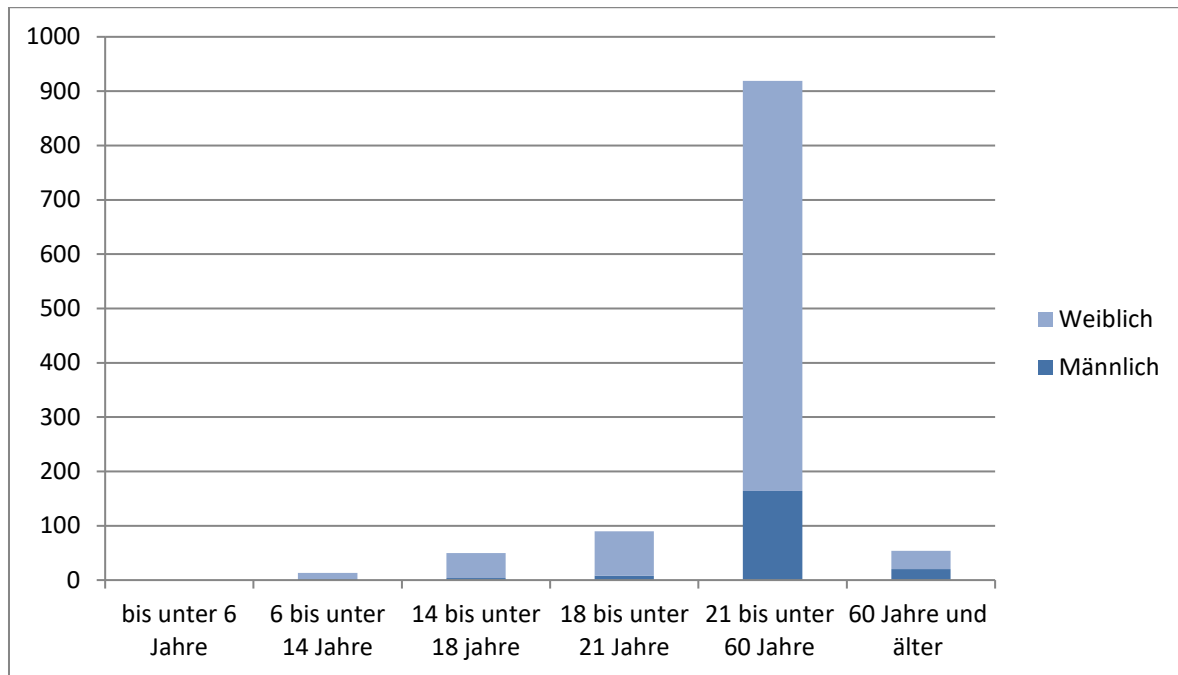
### Fallzahlen Stalking 2008 bis 2018



### Stalking - Opfer (Anzahl) 2013 bis 2018

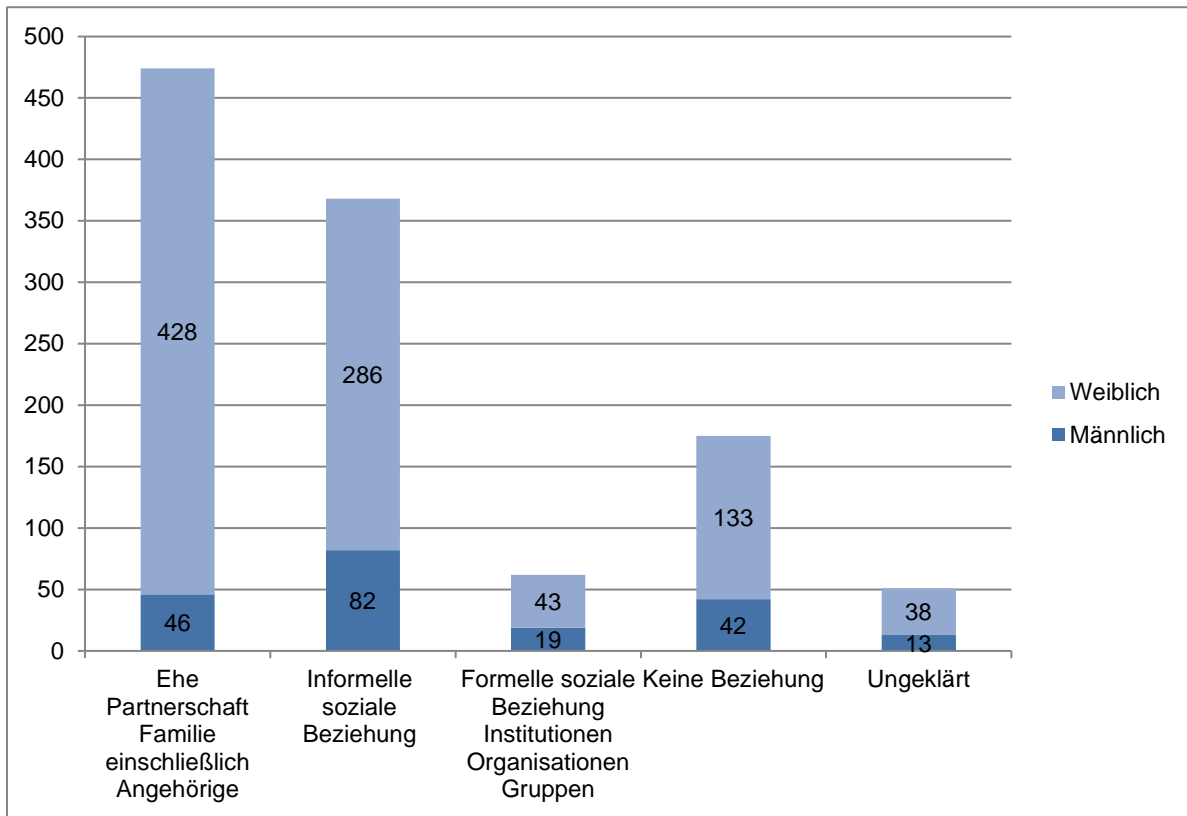


## Stalking - Opfer (Alter und Geschlecht) 2018

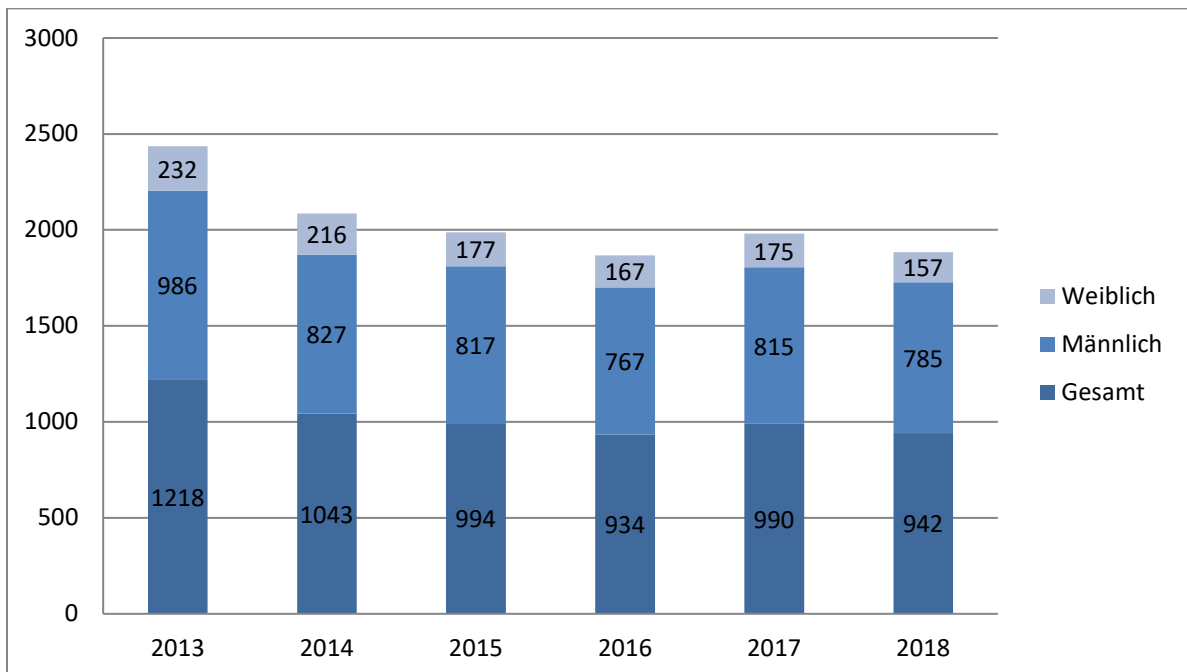


Altersstruktur	Männlich	Weiblich
<b>bis unter 6 Jahren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6 bis unter 14 Jahren</b>	<b>2</b>	<b>11</b>
<b>14 bis unter 18 Jahren</b>	<b>4</b>	<b>46</b>
<b>18 bis unter 21 Jahren</b>	<b>8</b>	<b>82</b>
<b>21 bis unter 60 Jahren</b>	<b>164</b>	<b>755</b>
<b>60 Jahre und älter</b>	<b>24</b>	<b>34</b>

## Stalking - Täter - Opfer Beziehung 2018

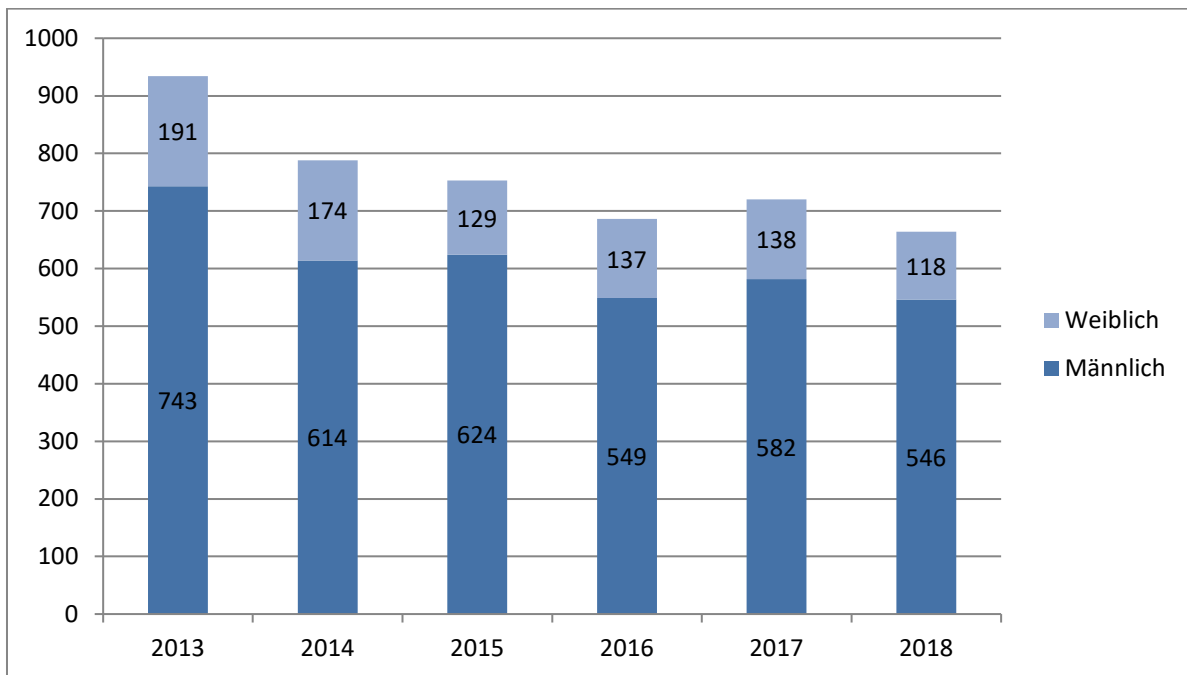


## Stalking - Tatverdächtige (Geschlecht) 2013 bis 2018



Jahr	Gesamt	männlich	in %	weiblich	in %
2013	1.218	986	80,95	232	19,05
2014	1.043	827	79,29	216	20,71
2015	994	817	82,19	177	17,81
2016	934	767	82,12	167	17,88
2017	990	815	82,32	175	17,68
2018	942	785	83,33	157	16,67

### Tatverdächtige Stalking – Deutsch 2013 bis 2018



### Stalking - Tatverdächtige (nicht-deutsch) 2013 bis 2018

